

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans-Peter Schwarz
Geschichtsschreibung und
politisches Selbstverständnis

Günther Heydemann
Marxistisch-leninistische
Zeitgeschichte in der DDR

Karl-Ernst Jeismann
Internationale
Schulbuchforschung

ISSN 0479-611 X

B 36/82
11. September 1982

Hans-Peter Schwarz, Dr. phil., geb. 1934 in Lörrach; Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln.

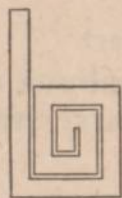
Neuere Buchveröffentlichungen: Handbuch der deutschen Außenpolitik (Hrsg.), 1976²; Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — Eine Bilanz (hrsg. zus. mit Richard Löwenthal), 1979³; Zwischenbilanz der KSZE, 1977; Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme (hrsg. zus. mit Karl Kaiser), 1978; Entspannungspolitik in Ost und West (hrsg. zus. mit Boris Meissner), 1979; Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949 (erweiterte Neuausgabe 1980); Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949—1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II), 1981.

Günther Heydemann, Dr. phil., geb. 1950; Studium der Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und des Italienischen in Erlangen, Bonn und Florenz; wiss. Mitarbeiter am Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg 1977—1980; wiss. Assistent am Institut für Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Erlangen-Nürnberg 1980—1982; seit 1. 8. Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Bayreuth.

Veröffentlichungen u. a.: Walter Flex. Aus dem Nachlaß. Eine Dokumentation (zus. mit F. Griebach), Heusenstamm 1978; Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland, Frankfurt a. M./Bern 1980 (ausgezeichnet mit dem Ernst-Richert-Preis für DDR- und vergleichende Deutschland-Forschung 1980).

Karl-Ernst Jeismann, Dr. phil., geb. 1925; Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Geographie in Kiel und Münster; seit 1966 o. Professor für Neuere Geschichte und Didaktik der Geschichte in Münster, seit 1978 Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

Veröffentlichungen: Das Problem des Präventivkrieges im europäischen Staatensystem, 1957; Das Preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft. Die Entstehung des Gymnasiums als Schule des Staates und der Gebildeten, 1787—1817, 1974; Geschichte/Politik, Grundlegung des historisch-politischen Unterrichts (zus. mit G. C. Behrmann u. H. Süßmuth), 1977; Friedrich Harkort, Schriften und Reden zu Volksschule und Volksbildung, 1969; Staat und Erziehung in der preußischen Reform 1807 bis 1819, 1969; J. W. Siewern. Die Reform des Bildungswesens, 1981; Hrsg. von: Internationale Schulbuchforschung, Zeitschrift des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung; Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland —
Herausforderung für die Forschung

Daß Demokratien ohne politisch urteilsfähige Bürger keine lange Lebenserwartung haben, gehört zu jenen erhabenen Wahrheiten, deren man sich bei festlichen Veranstaltungen gerne erinnert. Und wenigstens unter gebildeten Leuten ist es auch unumstritten, daß politische Urteilsfähigkeit nicht ohne eine solide Grundausstattung von Geschichtskennntnis zu haben ist. In einer von Krisenbewußtsein und von der Empfindung raschen Wertwandels geschlagenen Epoche wie der unseren wird dies schärfer erkannt als in ruhigeren Jahrzehnten, die ihrer selbst sicherer sind.

„Vorgerückte Zivilisation“, so wird dieser Sachverhalt von einem spanischen Kulturphilosophen formuliert, „vorgerückte Zivilisation ist gleichbedeutend mit harten Problemen... Das Leben wird immer angenehmer, aber immer verwickelter. Es ist klar, daß sich mit der wachsenden Kompliziertheit der Probleme auch die Mittel zu ihrer Lösung vervollkommen. Aber jede neue Generation muß sich in den Besitz dieser verfeinerten Mittel setzen. Unter ihnen nennen wir... eines, das trivialerweise mit dem Vorrücken einer Zivilisation verbunden ist; es besteht darin, daß sich hinter ihr Vergangenheit anhäuft, Erfahrung, mit einem Wort Geschichte. Historisches Wissen ist eine Technik ersten Ranges zur Erhaltung und Fortsetzung einer gereiften Zivilisation. Nicht weil es positive Lösungen für die neuen Konflikte des Lebens lieferte — das Leben ist immer wieder anders, als es war —, sondern weil es verhindert, daß die naiven Irrtümer früherer Zeiten wieder begangen werden. Aber wenn man, nicht genug damit, daß man alt ist und das Leben schwieriger zu werden beginnt, das Gedächtnis verloren hat und keinen Gewinn aus seinen Erfahrungen zieht, so ist alles verloren. Und in dieser Lage ist, glaube ich, Europa...“¹⁾.

Die Betrachtungen, die ich eben wiedergegeben habe, stammen nicht aus den siebziger Jahren oder gar aus unserem Jahrzehnt. Ortega y Gasset hat sie 1930 niedergeschrieben — drei Jahre vor der Machtergreifung Adolf Hitlers und neun Jahre, bevor der Zweite Weltkrieg die europäische Zivilisation in den Abgrund stieß. Ganz offenkundig aber ist in diesen Feststellungen nicht nur das Gefühl, in einer Verfallszeit geschichtlichen Bewußtseins zu leben, sondern auch die Erkenntnis, daß Zivilisation und Geschichtsbewußtsein zusammengehören.

Trotz der Schrecken von Diktaturen und Krieg ist wenigstens Westeuropa noch einmal davongekommen. Als sich nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Westdeutschland wieder eine Neubesinnung auf die Fundamente freier Gesellschaft und Demokratie durchsetzte, gehörte die Erkenntnis der überragenden Bedeutung geschichtlichen Wissens zum Gemeingut aller verantwortlichen Kräfte quer durch das Spektrum der Verfassungsparteien. Zur historischen Erkenntnis gehört aber auch ein vertieftes Verständnis der Zeitgeschichte. Deshalb bildete die geschichtliche Aufarbeitung des Scheiterns der Demokratie von Weimar und der totalitären Herrschaft Adolf Hitlers ein Zentralelement bei jener geistigen Umorientierung, die sich in der damals jungen Bundesrepublik Bahn brach.

Es war alles andere als ein Zufall, daß zwei Institutionen, die sich dieser Aufgabe mit besonderem Nachdruck widmen, nur wenige Jahre nach Gründung der Bundesrepublik ins Leben gerufen wurden: die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ und das heutige „Institut für Zeitgeschichte“ mitsamt den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ in München. (Nicht zufällig hieß das „Institut für Zeitgeschichte“ zunächst „Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus“.) In der Kommission ging es vor-

Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor zum dreißigjährigen Bestehen der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ am 15. Juni 1982 in Bonn gehalten hat.

¹⁾ Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen, Hamburg 1956, S. 66.

wiegend darum, die Entwicklungen deutscher Verfassungs-, Parlaments- und Parteigeschichte zu analysieren und gewissermaßen im kollektiven Gedächtnis der Zweiten Republik zu speichern. Doch auch die — mit Ortega y Gasset zu sprechen — „naiven Irrtümer“ der Weimarer Republik sind systematisch untersucht worden.

Weimarer Republik, Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg: in diesen Bereichen liegt bis heute der Schwerpunkt deutscher Zeitgeschichtsforschung. Wir alle wissen, daß sich ihr Ertrag sehen lassen kann. Begünstigt durch die freie Verfügbarkeit der deutschen Akten sind die neueren Historiker, die Politikwissenschaftler, später auch die Wirtschafts- und Sozialhistoriker rasch in diese Felder vorgerückt.

Hand in Hand damit ging eine intensive Popularisierung der Ergebnisse — im Schulunterricht, in der politischen Erwachsenenbildung, in zahllosen Darstellungen, die für ein breiteres Publikum geschrieben sind, aber nicht zuletzt auch durch Rundfunk und Fernsehen.

Goethe, dessen Zeitgenossen ja auch eine Vergangenheit zu bewältigen hatten, hat in der Umbruchperiode seiner Zeit nicht ohne eine gewisse Ironie bemerkt: „Geschichte schreiben ist eine Art, sich das Vergangene vom Halse zu schaffen.“²⁾ Wäre das wirklich wahr, so hätte uns die deutsche Zeitgeschichtsschreibung der letzten drei Jahrzehnte die nationalsozialistische Vergangenheit denkbar gründlich vom Hals geschafft. Doch bekanntlich ist eher das Gegenteil der Fall. Zwar hat die intensive Forschungsbemühung das große Verdienst, die Zusammenhänge klar gemacht und das Aufkommen falscher, politisch untragbarer Auffassungen verhindert zu haben. Andererseits aber zeigt sich in den Popularisierungsbemühungen des Forschungsertrages doch auch eine gewisse Problematik.

Entgegen den Ankündigungen Hitlers ist das Tausendjährige Reich schon nach zwölf Jahren zu Ende gewesen. Zwölf Jahre — gewiß eine entscheidende Periode in der deutschen Geschichte und für jeden, der sie zu durchleben hatte, unvergeßlich, aber eben doch auch nur zwölf Jahre. Bereits die sozial-liberale Koalition regiert schon länger als Adolf Hitler. Die unentwegte pädagogisierende Erinnerung an die Vorgänge erweckt aber, wie sich jeder im Gespräch mit Schülern oder Studenten

leicht überzeugen kann, bei vielen eben doch auch die ganz unhistorische Empfindung, als habe zwischen 1933 und 1945 tatsächlich so etwas wie ein Tausendjähriges Reich des absolut Bösen Bestand gehabt. Natürlich wird und muß die Forschung weitergehen, aber diejenigen, die sich der Popularisierung von Zeitgeschichte annehmen, sollten doch langsam bedenken, diese eine im Verlauf wie in den Folgen so negative Epoche der deutschen Geschichte nicht über alle Maßen und auf Kosten der späteren, insgesamt doch erfreulicheren Entwicklung zu beleuchten.

Immerhin ist festzustellen, daß die deutsche Zeitgeschichtsforschung das Schwellenjahr 1945 schon sehr früh überschritten hat. Eine der ersten einschlägigen Publikationen war die bereits 1953 veröffentlichte Arbeit von Hans Georg Wieck, heute NATO-Botschafter in Brüssel: „Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahr 1945“³⁾.

Die Erforschung der Besatzungsperiode zwischen 1945 und 1949 nimmt seither an Breite und Tiefe ständig zu, wobei das Feld in der letzten Zeit auch vom popularisierenden Fernsehen wiederentdeckt worden ist.

Der wichtigste wissenschaftliche Ertrag der Arbeiten über die Jahre der Okkupation liegt zum einen in einer vielfach schon recht akribischen Darstellung des Aufbaus der deutschen Parteien und ganz allgemein der Demokratiegründung in den Westzonen⁴⁾. Zum anderen wurden die alliierte Besatzungspolitik und die Spannungen zwischen den Großmächten erhellt, die zur Teilung Deutschlands führten⁵⁾. Auch diese Periode ist bereits hinläng-

³⁾ Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 3).

⁴⁾ Die Intensität der einschlägigen Forschung bezeugen zwei eben erscheinende Werke: die immerhin 11 753 Titel erfassende „Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945—1980“ (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben, von Klaus Gott u. a., Bd. 4, erstellt von Klaus Hahn, Stuttgart 1982) sowie die gleichfalls umfassende Bibliographie in der Monographie von Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982.

⁵⁾ Eine Auswahlbiographie zu dem umfassenden Schrifttum findet sich in der erweiterten Neuauflage meiner Gesamtdarstellung „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949“, Stuttgart 1980.

²⁾ Johann Wolfgang von Goethe, Maximen und Reflexionen, Nr. 193 (Hamburger Ausgabe, Bd. XII, S. 391).

lich bearbeitet, wenn auch längst noch nicht mit der Intensität wie die vorhergehenden Jahrzehnte.

Doch im Sommer 1949 bricht die zünftige Geschichtsforschung fast völlig ab. Wir besitzen zwar auch für die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre eine große Zahl durchaus relevanter Arbeiten, vielfach aus der Feder von Politikwissenschaftlern, auf die im folgenden noch einzugehen sein wird. Aber verglichen mit dem breiten Mississippi historischer Forschung zur Geschichte zwischen 1933 und 1945 ist die ernst zu nehmende Geschichtsschreibung über die ersten drei Jahrzehnte unseres Staates und unserer westdeutschen Gegenwartsgesellschaft doch einem nur recht schmalen Bach zu vergleichen.

Entsprechend wenig erheblich und überzeugend sind bis heute auch alle Bemühungen geblieben, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter Einsatz aller Mittel im Bewußtsein der Bevölkerung ähnlich nachhaltig lebendig zu machen und zu thematisieren, wie das mit der Geschichte der Hitlerzeit geschieht. Die erfolgreichste, für das heutige politische Selbstverständnis ausschlaggebend wichtige Periode neuester deutscher Geschichte scheint weder großes Forschungsinteresse zu wecken noch eine ausgeprägte Bereitschaft, sie unter konzentriertem Einsatz der Bildungsapparate und der Medien im Gespräch zu halten. Verpfuschte Geschichte ist anscheinend der Erinnerung würdiger als die geglückte.

Das ist mehr als verwunderlich, mehr auch als bedauerlich, es ist kulturpolitisch bedenklich. Wer sich über die Geschichtsunkenntnis und das vielfach auffällig gebrochene Verhältnis verschiedener Altersjahrgänge zu der in über dreißig Jahren gereiften pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik bekümmert, muß darin eine der Ursachen erkennen. Wo fundierte Geschichtskennntnisse fehlen, pflügen politische Mythen und die Abstraktionen eines sterilen ideologischen Denkens einzuströmen.

Dabei liegt es auf der Hand, daß gutgemeinte Appelle oder erste Anläufe der politischen Bildung, an denen es ja durchaus nicht fehlt, weitgehend ins Leere laufen müssen, wenn sie nicht durch eine breit aufgefächerte, professionelle Forschung getragen werden. Schon Mitte der sechziger Jahre, also 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, waren zahlreiche einschlägige Monographien, Gesamtdarstellungen und Einzelforschungen

auf dem Markt, während heute — immerhin 33 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik — quellengestützte Studien zu größeren Zusammenhängen oder auch nur fundierte Aufsätze zu Teilbereichen immer noch rar sind. Die erste Gesamtdarstellung zur Geschichte der Bundesrepublik beginnt eben erst zu erscheinen⁶⁾.

Abgesehen von quellenmäßig abgesicherten Biographien über Ernst Reuter^{6a)}, Jakob Kaiser⁷⁾ und Fritz Erler⁸⁾ sowie einer (obwohl ohne den Nachlaß geschriebenen, doch wissenschaftlich gehaltvollen) Arnold-Biographie⁹⁾ liegen über die wichtigen Politiker der Jahre nach 1949 nur jene meist kurz vor Wahlen oder anlässlich des innerparteilichen Aufstiegs eiligst zusammengedackelten Lebensbilder vor, die viel häufiger durch kritiklose Popularisierung oder blanken Haß gekennzeichnet sind als durch das Bestreben nach historischer Wahrheit¹⁰⁾. Gerade im biographischen Bereich hält sich die seriöse Geschichtsforschung auffällig zurück, wobei das in der Zunft der deutschen Historiker bis vor kurzem vorherrschende Vorurteil zum Ausdruck kam, daß man sich mit einer gut recherchierten und gut geschriebenen Biographie keinen Namen machen könne. So harren Adenauer¹¹⁾ und

⁶⁾ Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949—1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Bd. 2). Der gleichfalls vom Verf. geschriebene Folgebänd über die Jahre 1957—1963 erscheint 1983.

^{6a)} Willy Brandt und Richard Löwenthal, Ernst Reuter — ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.

⁷⁾ Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945—1949, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1964; Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949—1957, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972.

⁸⁾ Hartmut Soell, Fritz Erler: Eine politische Biographie, 2 Bände, Berlin/Bad Godesberg 1976.

⁹⁾ Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980.

¹⁰⁾ Sprechende Beispiele dieses Genres sind einige anlässlich der Bundestagswahl 1980 über Franz Josef Strauß veröffentlichte Bücher! Auf bibliographische Angaben kann verzichtet werden.

¹¹⁾ Auf Dauer sind die zahlreichen Einzelstudien kein Ersatz für Biographien. Über den Forschungsstand Mitte der siebziger Jahre unterrichtet die vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik veröffentlichte Aufsatzsammlung „Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. II: Beiträge der Wissenschaft (Stuttgart 1976). Die neueste Darstellung auf Grundlage vielfach erstmals ausgewerteter Quellen findet sich in meiner unter Anm. 6 erwähnten Monographie.

Ludwig Erhard, Schumacher¹²⁾ und Carlo Schmid, Reinhold Maier, Wilhelm Kaisen, Fritz Schäffer und Dutzende anderer, die ihren bedeutenden Beitrag zur Bundesrepublik geleistet haben, noch ihrer Biographen. Der deutsche Fehlbestand fällt erst richtig auf, wenn man sich an die zahllosen Politikerbiographien in England oder in den USA erinnert.

Ähnliche Lücken erkennen wir aber auch in vielen anderen Bereichen. Über einige kleinere, inzwischen verschwundene Parteien sind schon mehr oder weniger brauchbare Monographien¹³⁾ geschrieben worden, aber wo bleibt die quellenmäßig abgesicherte, systematisch angelegte und natürlich nur von Forschungsteams zu erstellende Parteigeschichte der CDU, der SPD¹⁴⁾ oder der FDP?

Die gleich zu erörternde Unzugänglichkeit der amtlichen Quellen ist nicht die alleinige Ursache für die auffällige Zurückhaltung der Fachhistoriker. Auf dem Feld der Wirtschafts- und

Sozialgeschichte, wo vielfach mit offenen oder leicht zugänglichen Quellen gearbeitet werden könnte, steht es nicht viel besser als bei der politischen Geschichtsschreibung. Nachdem das Paradigma der „Modernisierung“ oder des „organisierten Kapitalismus“ nunmehr schon die längste Zeit durchs Kaiserreich und die Weimarer Republik hindurch traktiert worden ist, stehen die einschlägig bekannten Historiker jetzt glücklich im Dritten Reich. Nur wenige haben sich bisher in die Besatzungszeit gewagt, und wenn, dann zumeist mit der Absicht, die ungebrochene Kontinuität kapitalistischer Führungsgruppen und Wirtschaftsstrukturen nachzuweisen.

Die in jeder Hinsicht aufregenden und interessanten gesellschaftlichen Wandlungsvorgänge in den fünfziger Jahren haben zwar seinerzeit die Aufmerksamkeit einer ganz bemerkenswert gegenwartsbezogenen, für den Sozialhistoriker auch heute noch vorbildlichen empirischen Sozialforschung gefunden. Aber seit Mitte der sechziger Jahre ist über diese Periode nur noch wenig gearbeitet worden.

Die Verfassungsgeschichte, trotz der großen Anstrengungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ohnehin ein Stiefkind der heutigen deutschen Geschichtsforschung, hat die Bundesrepublik noch nicht richtig entdeckt. Dasselbe gilt für die Rechtsgeschichte; sie wird in juristischen Arbeiten zwar berührt, aber eben meistens nur am Rande. Ähnliches läßt sich von der Geistes- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik sagen, und so könnte ich Bereich für Bereich fortfahren.

Die Lücken wären weniger auffällig, müßte man beim internationalen Vergleich nicht feststellen, daß in den USA oder — dort besonders bemerkenswert — in Großbritannien auf vergleichbaren Feldern der Zeitgeschichte dieser Staaten vielfach systematischer und intensiver gearbeitet wird. Sicher finden sich auch bei uns da und dort Ansätze, sogar manches Gelungene. Im ganzen aber trifft es zu, daß die zünftige Geschichtsforschung unseren Staat und unsere Gesellschaft noch nicht richtig entdeckt hat.

Das hat viele Gründe, auf die hier nicht allesamt eingegangen werden kann. Ganz ohne Zweifel spielt die Quellenfrage eine Hauptrolle — und zwar auch in dem Sinne, daß eben für die Periode der Weimarer Republik und des Dritten Reiches eine derartige Fülle interessantester, häufig auch noch nicht ausge-

¹²⁾ Edingers immer noch verdienstvolle Monographie (Lewis Joachim Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967) ist auf Dauer kein Ersatz für die schon lange fällige und aufgrund der Quellenlage auch mögliche große Schumacher-Biographie.

¹³⁾ Ganz offenkundig ist das Ableben einer Partei für ihre wissenschaftliche Erforschung bekömmlich — schon deshalb, weil dann Fraktionen und Vorstände keine arcana imperii mehr zu hüten haben. Beispiele für Gesamtdarstellungen zur Geschichte kleinerer Parteien sind Hermann Meyn, Die deutsche kleine Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965; Franz Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950—1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim 1968; Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945—1955, Stuttgart 1982 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 19).

¹⁴⁾ Natürlich gibt es zahlreiche zeitlich oder thematisch begrenzte Einzelstudien. Am wichtigsten und bislang solidesten zur SPD ist die unter Anm. 4 genannte Monographie von Kurt Klotzbach. Aufseiten von CDU und FDP sind vor allem die Anfänge in der Nachkriegszeit hinlänglich behandelt (siehe zur CDU den Überblick von Günter Buchstab und Klaus Gotto [Hrsg.], Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981.). Zur Organisationsgeschichte der CSU vgl. Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei, Opladen 1978; ders., Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977. Ergiebige Literaturangaben über die Entwicklung der westdeutschen Parteien finden sich bei Heino Kaack, und Reinhold Roth (Hrsg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems. Struktur und Politik in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre, 2 Bde., Opladen 1980.

schöpfer Quellen verfügbar ist, die das Interesse in diesen Jahrzehnten festhält. Ganz fraglos sind auch die zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre durch eine größere Dramatik gekennzeichnet gewesen als der seit Mitte der fünfziger Jahre doch etwas träger dahinfließende Geschichtsstrom.

Es kommt aber noch ein weiterer Umstand hinzu, auf den etwas ausführlicher eingegangen werden muß. Der professionelle Historiker sieht sich einer durchaus nicht zu verachtenden Konkurrenz gegenüber, die weite Bereiche und die vielfältigsten Zusammenhänge der Zeitgeschichte schon zu bearbeiten pflegt, kaum daß sich der Staub über den Auseinandersetzungen gelegt hat.

Moderne liberale Gesellschaften — und das gehört zu ihren großen Vorzügen — sind auch dadurch gekennzeichnet, daß sie die von ihnen durchlebte und gestaltete Geschichte schon zu dem Zeitpunkt, da sich diese vollzieht, unablässig zum Objekt historiographischer Selbstreflexion machen. So bildet sich bereits eine recht tragfähige erste Schicht von Geschichtsschreibung. Das beginnt schon bei der vorwissenschaftlichen Verarbeitung tagespoltischer Vorgänge. Geschichtlich gebildete Journalisten, Publizisten oder auch Beamte in amtlichen Funktionen unternehmen unablässig Anläufe, den chaotischen Strom der Ereignisse in einer umfassenden Geschichtslandschaft zu verorten. Dabei kann sich der zeitgenössische Journalismus auf eine unübersehbare Flut amtlicher und nicht-amtlicher Dokumentationen stützen.

Die Offenheit der Gesellschaft bewirkt, daß wenig von dem, was sich in den Regierungen oder in den Fraktionen abspielt, lange geheim bleibt. Die Regierungskunst wie die Kunst des Opponierens in modernen Demokratien besteht ja gerade darin, möglichst alle Politik im vollen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit abzuwickeln. Aber auch das, was vertraulich bleiben soll, kommt meist rasch heraus. Steht es nicht im „SPIEGEL“, so findet man es in der „WELT“. Gelingt es doch einmal, wie etwa bei der deutschen Mitwirkung an den Verhandlungen über die Freilassung der amerikanischen Geiseln im Iran, einen Vorgang über eine Reihe von Wochen hinweg geheim zu halten, so klopfen sich alle beteiligten Politiker und Diplomaten selbstbewußt, aber auch in fast ungläubigem Erstaunen gegenseitig auf die Schultern. Zumeist sind die Bemühungen der Presse, auch die allergeheimsten Vorgänge, ja vorzugsweise sogar diese, unverzüglich

auf den Markt zu bringen, von durchschlagendem Erfolg gekennzeichnet. Die Zahl der Journalisten, die kenntnisreich, aufgrund harter Konkurrenz auch durchaus zuverlässig, mit gutem Gespür für das Wesentliche bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber allen Täuschungsversuchen die zeitgenössischen Zusammenhänge erhellt, ist ungleich größer und leistungsfähiger als die Zahl der Historiker, die sich nach 20 oder 30 Jahren daran macht, dieselben Ereignisse aus einem gewissen Abstand erneut aufzugreifen.

Zweifellos sind somit heute die Voraussetzungen für die Entstehung eines schon recht zuverlässigen Geschichtsbildes von den Ereignissen, die eben ablaufen, aufgrund bestens ausgestatteter Medien, Agenturen, Dokumentationszentren wesentlich günstiger als in der Zeit der Weimarer Republik oder des Kaiserreichs, von früheren Perioden ganz zu schweigen.

Die Leistungen des zeitgenössischen Journalismus und moderner Dokumentation werden unterstützt durch die Sozialwissenschaften sowie die Wirtschaftswissenschaften. In der Politischen Wissenschaft, in einer gegenwartsbezogenen Soziologie und Ökonomie sind Institutionen und Individuen am Werk, bereits im Zeitpunkt des Geschehens oder kurz danach wissenschaftlich gesicherte, systematisch angelegte, nicht selten auch bereits theoretisch vertiefte Darstellungen von Gegenwartsgeschichte zu erarbeiten. Künftige Wirtschaftshistoriker werden einiges investieren müssen, wenn sie etwa die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank an Präzision und Tiefenschärfe übertreffen wollen. Aber auch auf dem Felde der Außenpolitik liegen beispielsweise mit den Jahrbüchern der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) „Die Internationale Politik“¹⁵⁾ verlässliche, durchaus auch schon die großen geschichtlichen Zusammenhänge analytisch herausarbeitende Werke vor. Ähnlich ständig erscheinende Zu-

¹⁵⁾ Der erste Band, der die weltpolitischen Vorgänge im Jahr 1955 behandelt und der ebenso wie die Folgebände für jede zeitgeschichtliche Behandlung der deutschen ein brauchbares Fundament legt, erschien schon 1958, der letzte — über die Jahre 1975/76 — im Jahr 1981. — Ein Abstand von rund einem halben Jahrzehnt zu den Ereignissen scheint für eine Zwischenbilanz am bekömmlichsten zu sein. Derartige Darstellungen erlauben bereits die Einordnung der Vorgänge in die größeren weltpolitischen Zusammenhänge, auch wenn die tagespolitische Perspektive mit ihren innen- und außenpolitischen Kontroversen häufig noch keiner distanzierteren Bewertung Platz machen kann.

standsbeschreibungen und Analysen finden sich auch für die verschiedensten Bereiche der Innenpolitik: Parteiwesen, Parlamentarismus, Medien, Entwicklungspolitik.

So bildet die Gegenwartsgeschichte der Bundesrepublik für eine ganze Reihe wissenschaftlicher Disziplinen den Rohstoff, der unverzüglich und durchaus methodensicher verarbeitet und aufbereitet wird.

Kein Wunder, daß sich der zünftige Historiker unter diesen Umständen zurückhält und geduldig auf die Stunde wartet, zu der er seine erprobten Talente ins Spiel bringen kann — nämlich dann, wenn bisher unerschlossene Quellenbestände zugänglich werden, die ein neues Bild gestalten lassen und die systematisch vertiefte Analyse ermöglichen.

Auch dies ist nicht selten bereits wenige Jahre nach den Ereignissen möglich. Zwar bleibt die Hoffnung, einen geschichtlichen Zeitraum umfassend, wenn nicht gar abschließend bearbeiten zu können, solange ein Wunschtraum, wie die amtlichen Archive nicht offen sind. Aber in bestimmten Bereichen eröffnen sich schon früher Zugänge zu interessanten, zuvor unbekanntem Informationen, deren Auswertung zu einer weiteren Schicht zeitgenössischer Geschichtsschreibung führt. Auch dabei hat sich aber der Historiker mit der Konkurrenz von Journalisten oder Politikwissenschaftlern auseinanderzusetzen.

Die Bemühung, wichtige Vorgänge mittels neu erschlossener Quellen auch schon historisch zu behandeln, setzt vielfach bereits innerhalb eines Jahrzehnts nach Ablauf bestimmter Vorgänge ein. Dabei schlüpft entweder der Journalist in die Rolle des Historikers, oder der Historiker versucht sich als Journalist. Eines der wichtigsten Handwerkszeuge dieser Geschichtsschreiber ist das Tonband. Vielfach gelingt es, an Privatarchive einzelner Politiker heranzukommen, manchmal auch an Materialien, die sich im Besitz von Parteien, Verbänden oder Presseunternehmen befinden.

Von einer allseits abgewogenen Darstellung kann dabei freilich wegen der selektiven Quellenauswertung meist noch nicht die Rede sein. Nicht selten dienen Bücher, die dem Genre der journalistischen Geschichtsschreibung angehören, dazu, bestimmte Vorgänge oder Personen zu verherrlichen, ins rechte Licht der Geschichte zu rücken oder ihren Ruf zu zerstören. Mit dem Wunsch, den Dingen auf den Grund zu gehen oder — was nicht dasselbe ist — ein engagiertes Geschichtsbild zu

entwerfen, verbindet sich das kommerzielle Interesse. Zumeist steht dabei das Bestreben nach Vermarktung der Zeitgeschichte sogar im Vordergrund.

Das Genre der journalistischen Geschichtsschreibung ist vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien und in Frankreich verbreitet. Hauptobjekte der amerikanischen Produktionen dieser Gattung sind die Präsidenten: Kennedy¹⁶⁾, Johnson¹⁷⁾, Nixon¹⁸⁾ mit Kissinger. Umstrittene Vorgänge wie der Vietnamkrieg¹⁹⁾ oder die Nahostkriege²⁰⁾ sind ebenso beliebte Sujets wie Haupt- und Staatsaktionen

¹⁶⁾ Im Falle Kennedys zeigt sich besonders deutlich, welchen Vorsprung wohlwollend gesonnene Insider mit bevorrechtigtem Zugang zu den Quellen genießen. Arthur M. Schlesingers politische Biographien über die Präsidentschaft John F. Kennedys (Die tausend Tage Kennedys, München 1968) und über Robert Kennedy (Robert Kennedy and His Times, Boston 1978) sind schwer zu übertreffen. Das Aufkommen kritischer Bewertungen von links und rechts (zuletzt Garry Wills, *The Kennedy Imprisonment. A Meditation on Power*, Boston/Toronto 1981/82) wird dadurch zwar nicht verhindert. Aber eine kritische Geschichtswissenschaft hat es doch schwer, gegen eine positive Deutung anzukommen, wenn sie zu allem hin noch von einem Historiker vom Rang Schlesingers entwickelt wurde.

¹⁷⁾ Herbert Y. Schandler. *The Unmaking of a President. Lyndon Johnson and Vietnam*, Princeton 1977. — Die von Robert A. Divine (*Exploring the Johnson Years*, Austin 1981) zusammengestellten Aufsätze zeigen aber, wie vergleichsweise frühzeitig unter den günstigsten Bedingungen an der Lyndon B. Johnson Library solide und abgewogene Forschung in Gang kommen kann.

¹⁸⁾ Für eine auch nur halbwegs objektive Behandlung Richard Nixons ist es hingegen noch viel zu früh, wie jedes ihm und seiner Präsidentschaft gewidmete Buch beweist, das auf den Markt kommt. (Umfangreiche Literaturangaben in dem zwar durch ausgeprägten Anti-Nixon-Bias im Geist der Watergate-Jahre gekennzeichneten, aber als neueste deutschsprachige Gesamtdarstellung amerikanischer Außenpolitik sehr lesenswerten Buch von Gebhard Schweigler, *Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik 1969—1981*, München/Wien 1982).

¹⁹⁾ Die der zeitgeschichtlichen Analyse verschriebenen amerikanischen Publizisten fechten den Vietnam-Krieg unermüdlich weiter. Gegenwärtig rufen die Neo-Konservativen zur Neubewertung auf, aber die Schlacht wird noch lange hin- und herwogen.

²⁰⁾ Wie wenig derzeit eine auch nur halbwegs unvoreingenommene Erörterung der Kissingerschen Nahostpolitik möglich ist, zeigt sich beispielsweise beim Vergleich der Schilderung von Edward R. F. Sheehan (*The Arabs, Israelis and Kissinger. A Secret History of American Diplomacy in the Middle East*, New York 1976) mit den Kissinger-kritischen Arbeiten von Gild Carl Alroy (*The Kissinger Experience. American Policy in the Middle East*, New York 1977) oder Joseph Churba (*The Politics of Defeat. America's Decline in the Middle East*, New York 1977).

von der Art der Watergate-Affäre²¹⁾. Der Großmeister dieser Gattung ist William Manchester²²⁾. Aber im Ausland widmen sich auch immer wieder professionelle Historiker diesem Genre — ihr Doyen und das viel nachgeahmte Vorbild ist Arthur M. Schlesinger²³⁾.

In der Bundesrepublik hat sich diese Mischform zwischen journalistischem Bericht und distanzierter Geschichtsschreibung noch nicht richtig eingebürgert. Auch wenn in den letzten Jahren das eine oder andere Buch dieser Art erschienen ist²⁴⁾, bleibt hier ein gewisser Fehlbestand zu bemerken — vielleicht auch deshalb, weil es in der durch eine gewisse langweilige Durchschnittlichkeit gekennzeichneten bundesdeutschen Politik an dramatischen Vorgängen, an strahlenden Helden und an großen Schurken derzeit etwas fehlt.

Auch solche Werke sind nicht ohne Verdienst. Sie erweitern die zeitgeschichtliche Kenntnis, wecken oder erhalten das Interesse eines breiteren Publikums an der Zeitgeschichte und schaffen so ein aufnahmebereiteres Klima für professionelle und distanziertere historische Arbeiten. Naturgemäß überwiegt bei diesem Genre die Aufmerksamkeit für Spitzenpolitiker, für die Details ihrer mehr oder weniger verschwiegenen Machtkämpfe. Was dabei gesicherte Erkenntnis ist, was auf der im politischen Bereich omnipräsenten Médisance beruht, was einfach aus dem ja überreichlich verfügbaren Rohstoff zeitgenössischer Presseberichte entnommen wurde, wird von diesen Autoren klugerweise meist nicht deutlich ge-

macht. Strukturanalytische Durchblicke werden nur selten angestrebt. Aber solche Arbeiten sind wichtig, weil sie an den menschlichen Faktor im Zeitalter der technokratischen Demokratie erinnern, der von den Politikwissenschaftlern oder auch von theorie-faszinierten jüngeren Historikern häufig übersehen wird. So breitet sich die Geschichtskennntnis weiter aus — allerdings nur partiell und ganz unsystematisch.

Zu diesem in unserem Zusammenhang nicht unwichtigen Genre der Geschichtsvermarktung durch Insider oder durch diesen nahestehenden Autoren gehören auch die hierzulande seit etwa Mitte der sechziger Jahre in beträchtlicher Zahl erscheinenden Memoiren aus der Feder von Botschaftern, Generalen, Politikern, die sich zentral mit Vorgängen in der Bundesrepublik befassen. In gewissem Maß sind Memoiren für die Erkenntnis ergiebiger als die eben angesprochenen Werke der journalistischen Geschichtsschreibung. Jedermann weiß, daß Akteure lediglich aus ihrer spezifischen Perspektive schreiben können. Dabei ergibt sich die subjektive Färbung vielfach weniger aus der Absicht der Selbstrechtfertigung als vielmehr aus der mehr oder weniger zufälligen Verfügbarkeit mitgenommener Staatspapiere und aus der Blickverengung, wie sie sich aus jeder Teilfunktion im Innern oder auch an der Spitze von großen Apparaten ergibt.

Bekanntlich besitzen wir zur Geschichte der Bundesrepublik verschiedene Memoirenwerke, die aus dem Durchschnitt dieses Genres weit hervorragen — sei es, weil der Verfasser, wie etwa Professor Grewe²⁵⁾, die selbstkritische Distanz des Wissenschaftlers aufzubringen weiß und mit den einschlägigen Forschungen genauestens vertraut ist, sei es, weil der Betreffende, wie seinerzeit Bundeskanzler Adenauer²⁶⁾, eine große Menge wichtigster amtlicher Quellen oder Quellen aus dem Intimbereich seiner Partei hat einarbeiten können — hierin nur noch übertroffen von Henry Kissinger, der anscheinend ganze Tonnen heimster Staatspapiere aus dem National Security Council und dem State Department herausgeschleppt hat.

²¹⁾ Seit 1976 ist nicht viel substantiell Neues zur Watergate Affäre mehr erschienen — trotz der Memoiren von Nixon und Kissinger. Den Kenntnisstand unmittelbar nach Abschluß der Vorgänge und zugleich das Meinungsklima jener Periode dokumentiert am vollständigsten J. Anthony Lukas, *Nightmare. The Underside of the Nixon Years*, New York 1976.

²²⁾ Die einschlägigen Erfolgstitel Manchesters waren: *The Death of a President*. 20.—25. November 1963, New York 1967; *The Glory and the Dream. A Narrative History of America, 1932—1972*, Toronto/New York/London 1973; *American Caesar*. Douglas MacArthur 1880—1964, Boston 1978.

²³⁾ Zu Schlesingers Arbeiten über die sechziger Jahre siehe Anm. 16. Seine bedeutendsten zeitgeschichtlichen Leistungen sind aber nach wie vor die drei Bände über den frühen New Deal (*The Crisis of the Old Order*, Boston 1957; *The Coming of the New Deal*, Boston 1958, *The Politics of Upheaval*, Boston 1960).

²⁴⁾ Das gegenwärtig zu Recht stark beachtete und in seiner Art bisher gelungenste deutsche Buch dieses Genres ist Arnulf Barings „Machtwechsel. Die Ära Brandt—Scheel“ (Stuttgart 1982).

²⁵⁾ Wilhelm G. Grewe, *Rückblenden 1976—1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt/Berlin/Wien 1979.

²⁶⁾ Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945—1953; Erinnerungen 1953—1955; Erinnerungen 1955 bis 1959; Erinnerungen 1959—1963; Fragmente*, Stuttgart 1965—1968.

Im allgemeinen aber bringen diese „Ich-war-dabei“- oder „Das-alles-habe-ich-getan“-Bücher die Wissenschaft nicht besonders voran, und auch ihr Einfluß auf das historische Bewußtsein in der Bundesrepublik hat sich bisher in Grenzen gehalten. Nicht selten läßt der pensionierte Memoirenschreiber ein ähnlich gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit erkennen wie der seinerzeitige Aktive, und man muß es bedauern, daß die professionellen Zeitgeschichtsforscher, die zumeist höfliche Leute sind, dies in den Rezensionen nicht oft deutlicher sagen²⁷⁾. Aber wahrscheinlich fürchten sie sich, mit einem Verriß wichtige Quellen zu verschließen und ganze Parteien oder Ministerien zum Verstummen zu bringen.

Der deutsche Liebhaber zeitgeschichtlichen Schrifttums, der durch den Glanz ausländischer Memoirenschreiber wie Dean Acheson²⁸⁾, George Kennan²⁹⁾, Charles de Gaulle³⁰⁾ oder neuerdings auch Henry Kissinger³¹⁾ verwöhnt ist, wundert sich zudem immer wieder darüber, wie kunstlos einstmals hochgestellte Deutsche ihre Bücher komponieren und wie mitleiderregend schlicht sie sich auszudrücken pflegen, wenn sie ihre Memoiren zu Papier bringen. Auch in diesem Punkt sind wir in vielem noch ein Entwicklungsland. Am bekömmlichsten sind zumeist die Veröffentlichungen boshafter Tagebuchbriefe — strahlendes Vorbild die Briefe von Theodor Heuss an Toni Stolper³²⁾.

So fließt zwar Jahr für Jahr ein im ganzen doch dünnes Rinnsal von Büchern zur Zeitgeschichte der Bundesrepublik in die Buchhandlungen. Aber diese Beiträge sind sowohl hinsichtlich des Erkenntnisertrags wie zahlenmä-

Big nicht zu vergleichen mit jenen wissenschaftlichen Arbeiten, Memoirenwerken³³⁾, Tagebüchern³⁴⁾, Berichten, die beispielsweise in den vergangenen 20 Jahren zur britischen Geschichte seit Mitte der fünfziger Jahre erschienen sind. Historiographisch verlässliche Einzelstudien sind und bleiben erst recht selten.

Natürlich ist die Abstinenz der Historiker eine mehr oder weniger unvermeidliche Folge der amtlichen Archivpolitik.

Bekanntlich ging ein älteres europäisches Konzept staatlicher Archivpolitik von der Überlegung aus, daß die Sphäre staatlicher Willensbildung und Entscheidung einer unbedingten Abschottung gegen neugierige Blicke bedürfe. Überlegungen des Persönlichkeitsschutzes kamen hinzu. Einschlägige Bestände in Archiven sollten erst zugänglich gemacht werden, wenn kein Akteur — weder ein Monarch noch ein Politiker, Beamter oder ein mit der Regierung in Verbindung stehender Privater — mehr auf Erden weilte, somit auch nicht in Verlegenheit gebracht werden konnte. Derselbe Grundsatz galt erst recht für den Verkehr mit ausländischen Regierungen.

Mit solchen Überlegungen verband sich die Erkenntnis, daß der Historiker einige zeitliche Distanz braucht, wenn er objektiv arbeiten will. „Sollte — oder vielleicht auch kann — man über Geschichte schon schreiben, während sie noch qualmt?“³⁵⁾, hat Barbara Tuchman vor fast 20 Jahren die in unserem Zusammenhang zentrale Frage formuliert. Sie selbst kam zum Schluß, ein Historiker brauche „einen Abstand von mindestens 25 Jahren, besser

²⁷⁾ Die Grundsätze der Courtoisie und der Barmherzigkeit gebieten es, an dieser Stelle auf die Nennung von Titeln und Namen zu verzichten. Früher oder später werden aber einige literarische Exekutionen unerlässlich sein, damit zweit- und dritrangige Memoirenschreiber und ihre des Unterscheidungsvermögens ermangelnden Verleger die zeitgeschichtliche Umweltverschmutzung einstellen.

²⁸⁾ Dean Acheson, *Present at the Creation. My Years in the State Department*, London 1969.

²⁹⁾ George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten. Memoirs, 1925—1950*, Stuttgart 1968²; *Memoirs, 1950—1963*, Boston 1973.

³⁰⁾ Charles de Gaulle: *L'Appel, 1940—1942; L'Unité, 1942—1944; Le Salut, 1944—1946; Le Renouveau, 1958—1962*, Paris 1954—1959 und 1970.

³¹⁾ Henry A. Kissinger, *The White House Years*, London 1979; *Years of Upheaval*, Boston/Toronto 1982.

³²⁾ Theodor Heuss, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970.

³³⁾ Eine erstrangige Quelle bleiben nach wie vor die reich dokumentierten Memoiren Harold Macmillans (*Winds of Change, 1914—1939; The Blast of War, 1939—1945; Tides of Fortune, 1945—1955; Riding the Storm, 1956—1959; Pointing the Way, 1959—1961; At the End of the Day, 1961—1963*, London 1966—1973).

³⁴⁾ Man denke etwa an das hinreißend indiskrete Tagebuch von R.H.S. Crossman (*Diaries of a Cabinet Minister. 3 vls*, London 1975—1977). — Für die Geschichte der Bundesrepublik gibt es nur ausgewählte, freilich sehr informative Tagebuch- oder Briefpublikationen, v. a.: „Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954—1969“ von Heinrich Krone (in: *Adenauer-Studien III*, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Reppen, Mainz 1974, S. 134—201); Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949—1979*, Frankfurt 1980; Rudolf Lahr, *Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934—1974*, Hamburg 1981.

³⁵⁾ Barbara Tuchman, *In Geschichte denken. Essays*, Düsseldorf 1982, S. 31.

noch 50 Jahren, um sich eine einigermaßen gültige Meinung zu bilden³⁶⁾. (Diese Erkenntnis hat sie allerdings nicht davon abhalten können, Ende der sechziger Jahre, also keine 25 Jahre, nachdem der Ofen noch qualmte, ein Buch über General Stilwell und die amerikanische Erfahrung mit China zu schreiben³⁷⁾. Wie der Politiker hält sich eben auch der Historiker nicht immer ganz streng an die von ihm proklamierten Grundsätze.)

Jedenfalls ging die traditionelle Archivpolitik von der Auffassung aus, daß eine am Erfordernis unbedingter Diskretion bei der Vollbringung der Staatsgeschäfte orientierte Behandlung des staatlichen Archivguts durch die Fünfzig-Jahr-Sperre am besten gewährleistet ist.

Ich möchte mich hier gar nicht weiter darüber verbreiten, ob dieser Auffassung nicht auch ein gewisses Maß an weiser Lebenserfahrung inne wohnte. Tatsache jedenfalls ist, daß die Regierungen, die Historiker und die Öffentlichkeit in den westlichen Demokratien inzwischen mehr oder weniger ausnahmslos zu der Auffassung gelangt sind, daß an einer derartigen Arkanpolitik nicht mehr festgehalten werden darf, weil die Öffentlichkeit Anspruch auf Transparenz, auf liberale Informationspraxis und nicht zuletzt auf eine umfassende, kritische Aufarbeitung ihrer eigenen Zeitgeschichte hat. Bei der Güterabwägung zwischen den möglichen Nachteilen, die vorzeitiges Bekanntwerden von Regierungsinterna bringen kann, und den viel größeren Nachteilen, die auftreten, wenn einer Gesellschaft die zentralen Quellen zum Verständnis ihrer neuesten Geschichte verschlossen bleiben, hat man sich für eine viel frühzeitigere Öffnung der Archive entschieden. Den Anfang mit einer modernen, liberalen Archivpolitik machten die Amerikaner. Ihnen folgten die Briten. 1979 hat sogar Frankreich die Dreißig-Jahres-Regel eingeführt.

Für ein Abgehen von der früheren Arkanpolitik sprach gewiß auch die Erkenntnis, daß in modernen Demokratien das meiste, was im Schoß der Regierungen und in der staatlichen Verwaltung geschieht, ohnehin bereits bekannt ist. Außerdem wirkte es ansteckend, als sich erst einmal einzelne Regierungen führender demokratischer Staaten zu einer vergleichsweise frühzeitigen Offenlegung ihrer „Arcana-Imperii“ entschieden hatten. Wie

sollte auch eine Regierung wie die deutsche oder die niederländische ein Festhalten an der Fünfzig-Jahres-Regel im Ernst rechtfertigen, wenn Großmächte wie die USA oder Großbritannien, bei denen zumindest ähnlich gewichtige Geheimhaltungsinteressen aus Sicherheitsgründen bestehen, keine Bedenken gegen die Dreißig-Jahres-Regel haben, wobei die Vereinigten Staaten bekanntlich noch sehr viel kürzere Fristen für ausreichend halten!

So hat sich auch die Bundesregierung in den sechziger Jahren dieser allgemeinen Tendenz in den westlichen Demokratien angeschlossen. § 80 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien in der (gegenwärtig gültigen) Fassung vom 26. September 1979 sieht bezüglich der Freigabe von Schriftgut für wissenschaftliche Zwecke vor:

„(1) Schriftgut der Ministerien aus einer mehr als 30 Jahre zurückliegenden Zeit steht Dritten im Rahmen der Benutzungsordnung für das Bundesarchiv zur Verfügung, wenn die Bundesregierung nichts anderes bestimmt hat.

(2) Schriftgut aus jüngerer Zeit darf für wissenschaftliche Zwecke nur mit Zustimmung des Ministers oder Staatssekretärs verwendet werden. Vorher ist die Stellungnahme der beteiligten Bundesministerien einzuholen.“

Das sind schöne Grundsätze, die, wenn sie nur befolgt würden, bereits eine blühende Forschung zur Frühgeschichte der Bundesrepublik zur Folge gehabt hätten.

Für das Archivgut aus den Jahren 1945 bis 1949 ist diese aus einem aufgeklärten liberalen Geist entstandene Zusage an die Wissenschaft auch eingehalten worden. Ebenso haben verschiedene Ministerien bis gegen Ende der siebziger Jahre in Einzelfällen von der Möglichkeit, Sondergenehmigungen für frühere Auswertung der Akten zu erteilen, einen durchaus vernünftigen, wissenschaftsfreundlichen Gebrauch gemacht, was uns beispielsweise eine so wertvolle Untersuchung wie die von Hans Günther Hockerts über die alliierte und westdeutsche Sozialversicherungspolitik in den Jahren 1945 bis 1957 beschert hat³⁸⁾.

Gespannt wartete daher die Zeitgeschichtsforschung auf den Zeitpunkt, zu dem erstmals ab Herbst 1979 oder spätestens ab Anfang 1980

³⁶⁾ Ebd., S. 314.

³⁷⁾ Barbara Tuchman, Sand gegen den Wind. Amerika und China 1911—1945, Stuttgart 1973.

³⁸⁾ Hans Günther Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.

die wichtigen Vorgänge in der Frühgeschichte der Bundesrepublik auf der Basis der amtlichen Akten analysierbar und darstellbar sein würden. Die Anträge häufen sich, aber bisher sind nur die Nicht-Verschlußsachen zugänglich. Solange jedoch nicht auch die VS-Sachen und als „geheim“ eingestufte Vorgänge in die Dreißig-Jahres-Regel einbezogen werden, stößt eine intensive Erforschung an vielen Stellen auf unzugängliches Archivgut. Weshalb in diesem Punkt bisher keine großzügigere Regelung für die Freigabe erfolgte, ist nicht voll ersichtlich. Immerhin hätten die Bundesregierung und die Verwaltung, denen in erster Linie die Aufgabe obliegt, gemäß § 80(1) die der Wissenschaft gegebenen Zusage einzulösen, lange Jahre Zeit gehabt, sich eingehend darüber Gedanken zu machen, nach welchen Richtlinien bei der Freigabe verfahren werden soll, welche weiter schutzwürdigen Bestände aus der freizugebenden Aktenmasse vorerst auszgliedern sind und wie die Aufgabe personell und administrativ zu bewältigen wäre. Die weltweit berühmte britische Praxis hätte dabei als Vorbild dienen können.

Ich erspare es mir, ins Detail zu gehen oder Vermutungen über die Gründe, über bestimmte Institutionen oder benennbare Personen anzustellen, bei denen die Schwierigkeiten in erster Linie zu suchen sein dürften. Nach allem, was bisher bruchstückhaft bekannt geworden ist, trifft dabei das Bundesarchiv kein Verschulden an den gegenwärtigen ungunstigen Zuständen. Man kann es den Bundesarchivaren abnehmen, daß sie froh wären, die von ihnen verwahrten Materialien der wissenschaftlichen Forschung möglichst ohne große Einschränkungen zugänglich machen zu können. Über die gesonderte Problematik des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes möchte ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen.

Ebenso ist eigentlich nicht zu vermuten, daß die grundsätzlichen oder die praktischen Schwierigkeiten aus dem politischen Raum kommen. Wer als Zeithistoriker oder Politikwissenschaftler Kontakte zu verantwortlichen Politikern aller Parteien unterhält, weiß, daß sie eine liberale Archivpolitik befürworten — zumindest die meisten unter ihnen. Bundeskanzler Schmidt hat im Jahr 1978 vor dem Hamburger Historikertag mit großer Überzeugungskraft herausgearbeitet, welche staatspolitische Bedeutung er der Geschichtsforschung zumißt, auch der Zeitgeschichtsfor-

schung³⁹⁾. So bleibt es vielen von uns ein Rätsel, weshalb die in anderen Zusammenhängen so eindrucksvoll beschworenen Grundsätze der Transparenz, der Liberalität und der Ablehnung obrigkeitstaatlicher Arkanpolitik nicht mehr ganz eindeutig zu gelten scheinen, wenn es um das amtliche Archivgut der Bundesregierung geht.

Jedenfalls ist es jetzt doch einmal an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf diese der Forschung durchaus unbekömmlichen Zustände zu lenken. Größere Projekte, die im Vertrauen auf die Gültigkeit der Dreißig-Jahres-Regel vor Jahren begonnen wurden, kommen nicht recht voran, die Einzelforschung wird aufgehalten und — was das Bedauerlichste ist — die zünftigen Historiker werden davon abgehalten, in breiter Front mit der Arbeit an der Geschichte der Bundesrepublik zu beginnen.

Der Laie muß sich einmal vor Augen halten, wie zeitgeschichtliche Forschung praktisch erfolgt. Im Stichjahr, zu dem die Archive geöffnet werden, oder bald danach, beginnen in der Regel führende Wissenschaftler auf dem Feld oder auch ehrgeiziger Nachwuchs, systematisch die Bestände durchzugehen. Bis daraus fertige Studien publiziert werden können, dauert es im Regelfall drei bis vier Jahre.

Erst wenn die Professoren einen Überblick gewonnen haben, können sie auch gezielt einzelne Doktoranden oder ganze Forschungsteams ansetzen. Auch die Ingangsetzung überregionaler oder internationaler Projekte kann nur nach einer gründlichen ersten Durchsicht beginnen. Wären die Akten über die ersten ein oder zwei besonders wichtigen Jahre bundesdeutscher Geschichte rechtzeitig — also 1980 oder 1981 — verfügbar gewesen, hätte immerhin Mitte der achtziger Jahre mit einem ersten Forschungsertrag gerechnet werden können, von dem weitere stimulierende Wirkungen ausgegangen wären.

Solange aber die Ungewißheiten über die endgültigen Modalitäten des Zugangs und über den genauen Zeitpunkt und den Rhythmus der Öffnung anhalten, befassen sich nur wenige Wissenschaftler — im deutschen Fall häufig Vertreter der Politischen Wissenschaft — mit zeitgeschichtlichen Themen. Der zünftige Historiker wartet ab, bis die Akten für einige zusammenhängende Jahre verfügbar sind. Dann

³⁹⁾ Helmut Schmidt, Auftrag und Verpflichtung der Geschichte, in: Der Kurs heißt Frieden, Düsseldorf/Wien 1979, S. 57—84.

mag er ruhen, sich langsam von den bisher bestellten Feldern zu lösen, sich in die neuen, ihm selbst noch wenig bekannten Geschehnisse einzuarbeiten und zu überprüfen, wie die bisherigen theoretischen und sonstige systematischen Fragestellungen, die sich in früheren Perioden bewährt haben, auf die jetzt zugängliche Periode anwendbar sind. Selbst unter günstigen Umständen hätte es also bis weit in die zweite Hälfte der achtziger Jahre hinein gedauert, bis eine Forschung auf so breiter Front möglich gewesen wäre, wie sie für die Geschichte des Dritten Reiches schon seit Jahrzehnten selbstverständlich ist. So, wie die Dinge jetzt liegen, wird es nun noch wesentlich länger dauern. Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Eine aus kulturpolitischen und staatspolitischen Gründen dringlich wünschenswerte, intensive, möglichst viele Bereiche erfassende planmäßige Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik kann nicht richtig in Gang kommen. Ich bin überzeugt, daß dies den Wünschen der Bundesregierung diametral entgegenläuft. Aber die Verantwortung dafür liegt letzten Endes bei ihr.

Zum Glück müssen wir nicht nur klagen. Wenn der Historiker von der Wissenschaftsfreundlichkeit und vom geschichtlichen Verständnis der Bonner Politiker eine überwiegend günstige Auffassung hat, so nicht zuletzt deshalb, weil die politischen Parteien mit rege Unterstützung aktiver oder ehemaliger Abgeordneter und Regierungsmitglieder früherer Jahrzehnte in den Archiven der politischen Stiftungen ganz hervorragende Voraussetzungen für die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik geschaffen haben. Die in Bonn versammelten Stiftungen — Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, wo sich die Papiere Adenauers befinden, die Ludwig-Erhard-Stiftung — stellen heute neben den Nachlässen oder Deponaten im Bundesarchiv und in den Staatsarchiven der Länder die wichtigsten Quellensammlungen dar. Im Münchner Institut für Zeitgeschichte, im Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung und in weiteren Institutionen, die jetzt nicht alle genannt werden können, sind gleichfalls archivalische Sammlungen im Aufbau. Wer bisher über die Geschichte der Bundesrepublik arbeitet, war in erster Linie auf die Stiftungen und einzelne Landesarchive angewiesen. Diese Institutionen praktizieren ohne Ansehen der politischen Verortung des Forschers und im Rahmen des Möglichen jene Liberalität der For-

schungspolitik, die man sich auch von allen staatlichen Stellen wünschen würde. Sie sind zugleich ein sprechender Beweis für die Vorteile der Dezentralisierung — auch beim politischen Archivgut.

Jedenfalls fußen die nicht allzu zahlreichen Monographien, in denen Zusammenhänge aus der Geschichte der Bundesrepublik auf der Grundlage neuen Quellenmaterials und mit einigermaßen systematischer Auswertung eines wissenschaftlich haltbare Darstellung gefunden haben, vielfach auf diesen Beständen⁴⁰⁾. Besäßen wir sie nicht, so würde es um eine strengeren historiographischen Maßstäben verpflichtete Zeitgeschichtsforschung zur Geschichte der Bundesrepublik noch viel betrüblicher aussehen.

Freilich sollte man sich auch von einer unter günstigsten Archivbedingungen arbeitenden Zeitgeschichtsforschung keine Wunderwirkung auf das geschichtliche Bewußtsein versprechen. Vor allem kann sich die Wirkung nicht kurzfristig entfalten.

Die Einflußmöglichkeiten des Historikers auf das Geschichtsbild einer Gesellschaft sind eben doch vergleichsweise gering, viel geringer, als dies oft im politischen Raum angenommen wird, wo man sich bisweilen von der Zeitgeschichte einen unmittelbar wirksamen Ertrag verspricht.

Das geschichtliche Bewußtsein eines Zeitalters wird durchaus nicht in erster Linie, wahrscheinlich nicht einmal in zweiter Linie, von der Geschichtswissenschaft geformt. Der Historiker sieht sich nicht nur, wie schon ausgeführt, bei der Forschung selbst, sondern auch bei der Vermittlung seiner Ergebnisse in die Öffentlichkeit hinein einer übermächtigen Konkurrenz gegenüber. Das gilt sowohl, was die Einflüsse seiner Arbeit auf das Bewußtsein der politischen und gesellschaftlichen Führungsgruppen anbelangt, wie auch hinsichtlich der Einflußnahme auf die gleichfalls bedeutsamen Schichten politischer Aktivisten an der Basis der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften oder bezüglich der Bevölkerung in ihrer ganzen Breite.

Über die Bewußtseinsformung und -verformung durch das Fernsehen ist schon einiges

⁴⁰⁾ Amtliches Archivgut wird bisher erst vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt systematisch ausgewertet. Demnächst wird auch das Bundesarchiv mit der Publikation der Protokolle der Sitzungen des Bundeskabinetts im Jahr 1949 beginnen.

gesagt worden. Aber die ZDF-, WDR-, NDR- oder BR-Redaktionen, die breitenwirksame zeitgeschichtliche Serien konzipieren, Dokumentarfilme einplanen oder Medienereignisse nach Art der „Holocaust-Diskussion“ kreieren, sind nicht die einzigen Instanzen, von denen nachhaltige Wirkungen ausgehen. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung sind hier ebenso zu nennen wie Verlage, Wochenzeitschriften, das Schulwesen.

Nicht zuletzt gehen von seiten der Spitzenpolitiker und der Parteiorganisationen prägende Impulse auf das jeweilige Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung aus. Es gehört zu den großen, von den Historikern bezüglich Medienwirkung und Redundanz gar nicht erreichbaren Künsten politischer Führer und ihrer Informationsapparate, Anhänger und Gegner unentwegt durch Verstärkung oder Erfindung von Geschichtsbildern in ihrem Sinn zu beeinflussen. Ständige Arbeit nicht bloß an der Geschichte, sondern auch am Bild der Zeitgeschichte gehört zu den Daueraufgaben jeder politischen Führung — eine Bemühung, die ebenso wichtig ist wie die ständige Vermittlung ordnungspolitischer Grundvorstellungen.

So gehörte — um nur zwei Beispiele zu nennen — die Durchsetzung eines neuen Geschichtsbildes zu den großen Führungstechniken Adenauers. Immer wieder hat er, ohne den Terminus als solchen zu verwenden, die These vom „deutschen Sonderweg“ verkündet: daß sich Deutschland vor 1945 über lange Jahrzehnte hinweg auf einem Sonderweg befunden habe, der es von westlichen demokratischen Traditionen weggeführt und damit auch außenpolitisch isoliert habe, während die neue, von ihm gestaltete Geschichte im Zeichen von Westbindung und europäischer Integrationspolitik als Korrektur dieser deutschen Sonderentwicklung zu verstehen sei⁴¹⁾.

In gleicher Weise gehörte das Geschichtsbild von einem unaufhaltsamen Fortschritt aus einer Periode des Kalten Krieges und der Konfrontation hinein in eine neue, verheißungsvolle Phase der Entspannung und ost-westlicher Kooperation zu den ebenso wirkungsvol-

len Geschichtsbildern der sozial-liberalen Koalition wie das von ihr gepflegte Geschichtsbild der restaurativen, nur partiell demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik vor 1969. Weitere Beispiele ließen sich in Fülle anmerken. In sehr viel stärkerem Maß, als wir es uns vielfach klarmachen, dienen eben relativ einfache, grobformatige, aber die Phantasie ansprechende Geschichtsbilder der Legitimation bestimmter Politiken — und dies ganz unabhängig davon, ob es sich dabei um die Politik von Regierungen und Parteien der rechten Mitte oder der linken Mitte, der radikalen Rechten oder der radikalen Linken handelt. In der Hand des Politikers ist das Geschichtsbild und der Geschichtsmythos eine Waffe, die er unentwegt handhabt.

Geschichtsmithen würden freilich nicht geglaubt, sofern ihnen nicht starke Elemente der Wahrheit und der Alltagserfahrung breiter Schichten beigemischt wären. Sie könnten auch gar nicht überzeugend vermittelt oder verstärkt werden, wenn diejenigen, die sie verstärken und unablässig propagieren, nicht selbst zutiefst davon überzeugt wären — was freilich die manipulierende Handhabung nicht ausschließt, sondern diese nur noch erleichtert.

Diese Überlegungen führen zur Einsicht, daß sich schon in dem Zeitpunkt, da die aktuellen politischen Kämpfe zu Geschichte gerinnen, im Bewußtsein der Führungsgruppen und der Bevölkerung geschichtliche Situationsdeutungen und Geschichtsverständnisse einprägen, die eine große Dauerhaftigkeit aufweisen und allenfalls durch neue Geschichtserfahrung veränderbar sind. Das gilt genauso für die fest tradierten Geschichtsbilder und Selbstverständnisse politischer Subkulturen — also etwa Deutungen der eigenen Partei — oder Verbandsgeschichte, wie man sie im Umkreis der Sozialdemokratie, der Freien Demokraten, der Christlichen Demokraten oder auch der Gewerkschaften beobachten kann.

Angesichts dermaßen verfestigter und politisierter Geschichtsbilder kann von den objektivierenden, allein der Wahrheit verpflichteten Anstrengungen zeitgeschichtlicher Forschung nicht zuviel erwartet werden. Veränderungen des geschichtlichen Bewußtseins vollziehen sich eben nicht in erster Linie als Resultat neuer historischer Forschungen. Sie sind in viel stärkerem Maß die Frucht konkreter, neuer geschichtlicher Erfahrung, der Konfrontation mit neuen Problemen, des Aufkommens neuer Torheiten und des Nachwachsens neuer

⁴¹⁾ Über den Stand der Sonderwegs-Diskussion informiert Bernd Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33/81 v. 15. 8. 1981, S. 3—21.

Generationen. Immerhin: Auch die Zeitgeschichtsforschung kann einen nachhaltigen Beitrag zur Veränderung und, hoffen wir es, zur Klärung des geschichtlichen Bewußtseins leisten, aber nur langsam und in einem mühevollen Umsetzungsprozeß.

Ein einzelner Forscher etwa oder eine historische Schule entwickelt, gestützt auf neue Quellen, vielleicht auch mit neuen Methoden und mit frischen Interpretationsmustern eine andere Art und Weise, bestimmte geschichtliche Vorgänge zu verstehen. Über lange Jahre hinweg wird dann eine Generation mehr oder weniger begabter und geistig lebendiger Studenten mit dieser Blickweise gleichsam imprägniert. Diese Studenten rücken schließlich — wiederum in einem langjährigen Marsch durch die Institutionen — in Multiplikatorenfunktionen bei den Rundfunkanstalten, in der politischen Bildung, im Schulwesen ein und verbreiten jetzt über die Jahre hinweg das, was sie an thematischen Ansätzen, an neuen Methoden oder an neuen Erkenntnissen gewonnen haben. Unnötig zu sagen, daß dies ein Prozeß ist, der 15 bis 30 Jahre in Anspruch nimmt.

Dabei können sich aber die Erkenntnisse der einzelnen Schulen nicht ungebremst entfalten. Auch hier gilt die alte Legende: Als Gott den deutschen Professor geschaffen hatte und sagte „Siehe, es ist alles gut“, da kam der Teufel und schuf seinen Kollegen. Der Forscher und die von ihm auf einen bestimmten Interpretationspfad geleiteten Studenten treffen auf andere Forscher, die die neuen Deutungen in Frage stellen und die Fruchtbarkeit der neuen Methoden bezweifeln. So ist der Prozeß, in dem sich das von der Zeitgeschichte vermittelte Geschichtsverständnis ausbreitet und vertieft, einerseits ein sehr langfristiger Vorgang, andererseits wird er durch den Pluralismus der Forschungsrichtungen und durch die Vielzahl der Institutionen abgebremst, die bei der Verbreitung neuer Erkenntnisse mitwirken.

Dennoch: Die Bemühung wird unternommen, und sie wird auch bei der Arbeit an der Geschichte der Bundesrepublik Resultate zeitigen, wie dies schließlich auch bei der seit Jahrzehnten laufenden Arbeit an der Erhellung der deutschen Zeitgeschichte vor 1945 der Fall gewesen ist. Aber das alles braucht Zeit und — ich wiederhole es noch einmal — es setzt voraus, daß die Breitenforschung überhaupt endlich einsetzen kann.

Dabei werden es wie in der Vergangenheit Arbeiten recht unterschiedlichen Typs sein, die auf das geschichtliche Selbstverständnis einwirken. Die überwiegende Zahl zeitgeschichtlicher Studien zur Geschichte der Bundesrepublik dürfte auch künftig aus vergleichsweise unpräzisen, aber solide gearbeiteten, einen breiten Quellenbestand erfassenden, detaillierten Untersuchungen bestehen. Sie werden unsere Kenntnis vieler einzelner Zusammenhänge vertiefen, korrigieren und erweitern. Manche Arbeiten dieses Typs sind schon erschienen oder sie sind in Vorbereitung. Derartige Untersuchungen wirken zwar nicht sensationell, aber sie garantieren über die Jahrzehnte hinweg jenen auf breiter Linie erfolgenden Erkenntnisfortschritt, der ein Kennzeichen jeder reifen Wissenschaft ist, auch der reifen Zeitgeschichtsforschung.

Früher oder später mag dann ein zweiter Typ von Historiographie zur Geschichte der Bundesrepublik hinzutreten, der heute noch kaum sichtbar ist: kritische Geschichtsschreibung im Sinne Nietzsches. Natürlich ist jede Geschichtsschreibung, die auf sich hält, dem jeweiligen Erkenntnisobjekt gegenüber kritisch eingestellt. Wenn also in unserem Zusammenhang von kritischer Geschichtsschreibung die Rede ist, so meine ich das, was heute in bezug auf andere Epochen revisionistische Geschichtsschreibung genannt wird.

Erstaunlicherweise fehlt es bisher an Ansätzen, die bisherige bundesdeutsche Geschichte im einen oder anderen Punkt kritischer Revisionen zu unterziehen — also: etablierte Geschichtsmymen in Frage zu stellen, vielleicht auch im einen oder anderen Fall die etablierte politische Reputation führender Staatsmänner anzuzweifeln oder die Geschichte der einen oder anderen Partei revisionistisch ganz neu zu schreiben. Besonders im Bereich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik, wo ziemlich alle relevanten Quellen auch heute schon verfügbar sind, wäre eine kritische Geschichtsschreibung möglich und wünschenswert, wobei sich der Revisionismus gegen die Geschichtsmymen der einen oder der anderen Seite wenden mag — gegen die der Linken oder gegen die der Rechten. Sicher wäre es falsch, einen Revisionismus um des Revisionismus willen herbeiwünschen zu wollen. Aber etwas mehr grundsätzliche wie spezifische Kontroversen könnten die gegenwärtige Zeitgeschichtsforschung, die sich mit der Bundesrepublik beschäftigt, zu ihrer Belebung schon gebrauchen.

Schließlich aber wird sich auch eine Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik gerade dann, wenn sie Breitenwirkung anstrebt, darauf besinnen müssen, jener Generation, die die Geschichte unseres Staates geformt und bewußt erfahren hat, aber auch jenen jüngeren Generationen, denen Geschichtserfahrung nur sekundär vermittelt werden kann, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen. Erinnerung, Wiederbelebung der Vergangenheit im Bewußtsein der Gegenwart ist und bleibt die klassische Aufgabe jeder Geschichtsschreibung, auch die der Zeitgeschichtsschreibung.

Wie wir alle wissen, ist die erzählende Geschichtsschreibung unter vielen zünftigen Historikern vor allem der heute mittleren Generation seit den sechziger Jahren in einen gewissen Verruf gekommen. Die gar nicht zu bestreitende Problematik jeder literarischen Geschichtsschreibung, deren sich die Historiographie seit Droysens „Historik“ bald mehr, bald weniger kritisch bewußt gewesen ist, wird besonders von den sozialwissenschaftlicher Theoriebildung verpflichteten Forschern rein negativ gesehen. Angesichts der Scheinalternative von theoretischer Raffinesse und Validität der Darstellung hat man sich meist für die esoterische Langeweile entschieden. Diese methodologische Orientierung vieler Historiker ist ein Grund dafür — wenn auch nicht der einzige —, daß sich die Bereitschaft, Geschichte darstellend und analytisch vertieft zu erzählen, deutlich verflüchtigt hat.

Wenn es vielerorts, nicht zuletzt bei den jüngeren Generationen, an geklärten Vorstellungen oder überhaupt an Vorstellungen über die Geschichte der Bundesrepublik fehlt, dann eben doch auch deshalb, weil ein erheblicher Teil der Historiker unwillig und vielleicht auch gar nicht mehr fähig ist, Geschichte einfühlsam, wenschon unter vollem Einsatz aller kritischen Methoden, zu verstehen und dann ein geklärtes, auch literarisch durchgeformtes Gesamtbild einer Epoche, eines bedeutenden Politikers oder einer wichtigen Organisation zu gestalten. Ohne Anschaulichkeit, ohne die Fähigkeit, auch die historische Phantasie anzusprechen, ohne Bereitschaft der Forscher, nicht nur für die Kollegen, sondern auch für

ein breiteres gebildetes Publikum zu schreiben, wird letzten Endes auch die Geschichte der Bundesrepublik nicht neu erfahrbar werden. Die ziemlich offenkundige Verkümmern des politischen Verständnisses für die jüngste Vergangenheit unseres Staates ist eben leider nicht nur die Folge fehlenden Zugangs zu wichtigen Quellen, sondern auch die Folge einer Verkümmern historiographischer Darstellungskraft und schriftstellerischer Souplesse.

Es ist eine schöne Forderung, daß gebildete Bürger — Journalisten, Naturwissenschaftler, Ökonomen, Politiker oder Juristen — bereit sein sollten, ihr im Laufe der Zeit geformtes geschichtliches Bewußtsein von Zeit zu Zeit kritisch zu überprüfen. Aber wie sollte das denn geschehen, wenn der Historiker als Fachmann für eine wissenschaftliche Deutung von Geschichte gar nicht in der Lage ist, ein neues, kritisches, zugleich aber auch anschaulich geschriebenes Bild von bestimmten Vorgängen und Persönlichkeiten zu vermitteln!

Alle, denen am vertieften Verständnis für die Geschichte der Bundesrepublik gelegen ist, sollten daher zweierlei fordern: Sie sollten — erstens — die Bundesregierung veranlassen, den Dreißig-Jahres-Rhythmus für die Freigabe des Archivgutes künftig fest vorausschickbar und so automatisch zu praktizieren, wie dies in Großbritannien geschieht. Dabei sollten auch VS-Sachen und als „geheim“ eingestufte Vorgänge soweit nur irgend vertretbar herabgestuft und zur Auswertung freigegeben werden. Das Voranschreiten von den Anfängen bis zur Gegenwart muß hinsichtlich der Zugangsbedingungen und der Fristen klarer vorangehen als bisher. Sie sollten — zweitens — von den Historikern verlangen, diese für uns gegenwärtig wichtigste Epoche jüngerer deutscher Zeitgeschichte in voller Breite aufzuarbeiten, wens falls gefällt, kritisch in Frage zu stellen, aber auch literarisch überzeugend zu gestalten.

Wenn die jüngeren und älteren deutschen Zeithistoriker nicht begreifen wollten, daß Geschichtsschreibung nicht nur eine Wissenschaft, sondern zugleich eine Kunst ist, werden sie letztlich auch zum politischen Selbstverständnis der Öffentlichkeit keinen durchschlagenden Beitrag leisten können.

Marxistisch-leninistische Zeitgeschichte in der DDR

Entstehung, Entwicklung, Funktionen und Tendenzen

Einleitung

Die angesehene italienische Zeitung „Corriere della Sera“ hat vor einem Jahr die Bundesrepublik Deutschland angesichts ihrer Probleme als ein Land bezeichnet, „das fast in einer Gegenwart ohne Geschichte“¹⁾ zu erstarren scheint.

Wie immer man dieses Urteil eines ausländischen Beobachters bewerten mag — Tatsache ist, daß hierzulande die Geschichte *vor* 1945 lange Jahre stärker im Blickfeld stand als die jüngste Vergangenheit *nach* 1945 mit der Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, die, wie ihr östliches Pendant DDR, inzwischen länger existiert als Weimarer Republik und Drittes Reich zusammen. Zweifellos hat die allgemeine Geschichtsmüdigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, nach so viel und so hautnah erlebter und erlittener deutscher Geschichte, ebenso ihren Teil zu jener zeitweisen Ausblendung der jüngsten Vergangenheit hierzulande beigetragen wie die nahezu ausschließliche Fixierung auf den Wiederaufbau und die Schaffung einer sicheren Existenz in Wohlstand und Besitz — mit sichtbar hohen Folgekosten für unsere Gegenwart.

In der DDR nimmt sich die Situation anders aus. Nicht nur die marxistisch-leninistische Historiographie hat dort von Anfang an den Blick auch und insbesondere auf die Zeitgeschichte *nach* 1945 gerichtet; die nahezu totale Umwälzung, die dort in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht vollzogen wurde, hat das Interesse und Bewußtsein der dort lebenden Deutschen für die Zeitgeschichte, insonderheit für die Geschichte der Nachkriegszeit mit der Gründung und Entwicklung zweier deutscher Staaten, stets wacher sein lassen als bei uns.

¹⁾ Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. September 1981, S. 2.

Der hohe Stellenwert, den Zeitgeschichte schon immer und nicht zuletzt aufgrund der ihr zugedachten bewußtseinsbildenden Funktion in der DDR innehat und der nicht ohne Grund seit Anfang der siebziger Jahre — seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 mit dem Machtwechsel von Ulbricht auf Honeker — eher noch an Bedeutung gewonnen hat, so daß Zeitgeschichte inzwischen dominierender Teilbereich der historischen Forschung in der DDR geworden ist, dieser hohe Stellenwert läßt sich jedoch nicht zureichend begreifen, ohne die Gesamtentwicklung der Historiographie in der SBZ/DDR in Betracht zu ziehen. Konkret ist damit der ab der zweiten Jahreshälfte 1948 unter der Stalinschen Parole: „Stürmt die Festung Wissenschaft!“ einsetzende personelle, institutionelle und ideologische Transformationsprozeß gemeint, der die Umwandlung von einer sogenannten bürgerlichen Geschichtswissenschaft in eine marxistisch-leninistische Historiographie bedingte und bedeutete. Besonders in jener Anfangszeit ist die Entwicklung der Geschichtsforschung im anderen deutschen Staat von wiederholten Eingriffen seitens der SED geprägt worden, mit entscheidender Folge- und Nachwirkung auf die seit Ende der fünfziger Jahre sich allmählich ausbildende Zeitgeschichte.

Doch ebenso bestimmend wurde, daß die Geschichtswissenschaft der DDR in dieser Anfangsphase ihrer Entwicklung bis mindestens Mitte der sechziger Jahre geradezu auf die westdeutsche Historiographie fixiert war, was wiederum für die eigene und ganz besonders für die Entwicklung der Zeitgeschichtsforschung in der DDR von großer Auswirkung gewesen ist. Nur am Rande sei bemerkt, daß es die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft im Gegensatz dazu jahrelang für ausreichend hielt, ihr östliches Pendant allenfalls

aus den Augenwinkeln wahrzunehmen — zum Teil bis heute.

Zeitgeschichte, die in der DDR von der Epochenperiodisierung her als Geschichte der Neuesten Zeit I 1917 bis 1945 sowie als Geschichte der Neuesten Zeit II von 1945 bis zur Gegenwart definiert wird, ist und wird jedoch noch von anderen Faktoren bestimmt, auf die im Rahmen unserer Fragestellung jedoch nur verwiesen werden kann. Zu nennen wäre die wissenschaftlich und nicht zuletzt politisch-ideologisch brisante Periodisierungs-Diskussion, insbesondere für die Zeit nach 1945 und die davon nicht zu trennende inhaltliche Fül-

lung²⁾, sowie schließlich die institutionelle Organisation innerhalb der marxistisch-leninistischen Historiographie³⁾.

In historisch-systematischem Abriss sollen nachfolgend wichtige Stationen der Entwicklung zeitgeschichtlicher Forschung in der DDR herausgearbeitet werden, dem sich ein daraus abgeleiteter Funktionen-katalog marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte anschließt. Im Schlußteil dieses Beitrages wird die bisherige Entwicklung zusammengefaßt und im Vergleich mit der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung im Hinblick auf mögliche Trends in der Zukunft beurteilt.

I. Anfangsprobleme und politisch-ideologische Restriktionen

Einer zügigen Entwicklung der Zeitgeschichte als Forschungsgebiet marxistisch-leninistischer Historiographie in der SBZ/DDR stand zunächst und mit Wirkung bis in die sechziger Jahre hinein der rigorose Transformationsprozeß selbst im Wege, den die SED seit der zweiten Jahreshälfte 1948 in der Geschichtswissenschaft der damaligen Sowjetischen Besatzungszone eingeleitet hatte.

Durch diese Maßnahmen ergab sich eine zunehmende Abwanderung von nichtmarxistischen Historikern in den Westen; es mangelte der jungen marxistischen Geschichtswissenschaft deshalb an sowohl wissenschaftlich qualifizierten und zugleich ideologisch zuverlässigen Kadern als auch an einer funktionierenden institutionellen Organisation, um die von der Partei geforderte, auf hohem wissenschaftlichem Niveau und auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ruhende, erklärtermaßen „neue“ Geschichtswissenschaft tatsächlich betreiben zu können⁴⁾.

Doch mindestens genauso hinderlich war, auch und gerade unter dem Aspekt geplanter Herausbildung zeitgeschichtlicher Forschung, daß die damalige marxistische Geschichtsauffassung dieser Anfangszeit in der SBZ/DDR stark von der sogenannten „Misere-Theorie der deutschen Geschichte“ geprägt und belastet war: Vor allem die leidvollen persönlichen Erfahrungen, die viele parteipolitisch engagierte Mitglieder und Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung durch ihre Zugehörigkeit zur KPD oder SPD während der Nazizeit in Haft, im Untergrund oder im Exil hatten machen müssen, wie gleichzeitig die häufig unter ihnen vorherrschende Meinung, die deutsche Geschichte sei von einem tragischen Verlauf gekennzeichnet, sie habe es im Gegensatz zur englischen oder insbesondere zur französischen Geschichte nie zu einer erfolgreichen Revolution gebracht, hatte die Auffassung virulent werden lassen, die deutsche Geschichte stelle eine einzige Misere dar⁵⁾.

In der Tat wirkte diese Theorie bis in die ersten Jahre nach Gründung der DDR fort⁶⁾; als

²⁾ Hierzu umfassend von Christina von Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung*, Köln 1980.

³⁾ Vgl. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR*, Frankfurt/M. — Bern — Cirencester U.K. 1980, S. 174 ff.

⁴⁾ Vgl. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft ... a. a. O.*, S. 143 ff., zur Entwicklung in dieser Phase.

⁵⁾ Vgl. hierzu den hinsichtlich der Stimmung und Atmosphäre unter den Mitgliedern der KPD im Exil interessanten Aufsatz von Werner Berthold, *Zum Kampf der Führung der KPD gegen die faschistische Geschichtsideologie und die Miserekonzeption in der deutschen Geschichte 1939 bis 1945*, in: *ZfG* 17 (1969), H. 6, S. 689 ff.

⁶⁾ Vgl. Ernst Diehl, Rolf Dlubek, *Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik vor neuen großen Aufgaben*, in: *Einheit* 10 (1955), H. 9, S. 883.

Beispiel hierfür sei nur an den bezeichnenden Titel des mehrfach aufgelegten Werkes von Alexander Abusch: „Der Irrweg einer Nation“⁷⁾ erinnert, das geradezu programmatisch dieser Auffassung Ausdruck verlieh.

Mit solchem Geschichtsbild jedoch konnten zwei grundlegende Funktionen, die die Partei ihrer jungen Geschichtswissenschaft zugeordnet hatte, nicht erfüllt werden:

1. Eine fruchtbare, gegenüber der sogenannten bürgerlichen Historiographie neue Fragen stellende und damit möglicherweise zu anderen Beurteilungen kommende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zum Zwecke der Erstellung eines positiven Geschichtsbildes der deutschen Historie.

2. Eine auf solch positivem Geschichtsbild beruhende sozialistische Bewußtseinsbildung, die letztlich die Identifikation mit dem von der SED geschaffenen Staats- und Gesellschaftssystem durch historische Legitimation bewirken sollte.

Zwei Jahre nach Gründung der DDR wurde daher mit der „Zerschlagung der Theorie“⁸⁾ durch die Entschließung des ZK der SED vom 20. Oktober 1951 über „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“⁹⁾ praktisch per Dekret der Weg für eine positive Deutung der deutschen Geschichte freigemacht und zugleich ein entscheidendes Interpretationsraster für die weitere Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR gesetzt. Die nun möglich gewordene Öffnung der marxistisch-leninistischen Historiographie für die als progressiv bezeichneten Epochen der deut-

lichen Geschichte nahm jetzt ihren Anfang und bildete die Grundlage für die bis heute geradezu anatomisch vorgenommene Präparierung zweier entgegengesetzter Klassenlinien der deutschen Geschichte, insbesondere aber in der zeitgeschichtlichen Darstellung, deren sogenannte progressive ausschließlich für die DDR reklamiert wird und darin gipfelt, daß „die Herausbildung und Entwicklung der DDR die Krönung der Geschichte des deutschen Volkes“¹⁰⁾ darstelle, während die sogenannte reaktionäre Linie nach diesem Verständnis von der Bundesrepublik Deutschland weitergeführt werde.

Der Beschluß der SED zur „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“¹¹⁾ aus dem Jahre 1955 bildete einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung der Historiographie in der DDR, dokumentierte jedoch gleichzeitig, daß die von der Partei geforderten ideologischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Fortschritte in der Geschichtswissenschaft nach wie vor zu wünschen übrig ließen und nicht den Vorstellungen der Partei entsprachen¹²⁾. Wie schon in den Jahren zuvor wurde insbesondere kritisiert, daß „eine historische Darstellung der tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland seit 1945 ... bisher fast völlig unterlassen worden sei“¹³⁾. Die unübersehbare Scheu der professionellen Historiker in der DDR, sich mit Fragen und Themen der Zeitgeschichte — vor

¹⁰⁾ So wiederum Ernst Diehl, Die Geschichte des deutschen Volkes im welthistorischen Prozeß, in: ZfG 21 (1973), H. 3, S. 272—288; loc. cit. S. 284.

¹¹⁾ In: ZfG 3 (1955), H. 4, S. 507—527.

¹²⁾ Vgl. dort S. 510: „Infolge einer Anzahl ernster ideologischer und organisatorischer Schwächen ist jedoch die Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik hinter den Erfordernissen des nationalen Kampfes und des sozialistischen Aufbaues in der DDR zurückgeblieben.“ Vgl. hierzu auch die Beiträge: Die Bedeutung des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Geschichtswissenschaft, in: ZfG 2 (1954), H. 3, bzw. unter direkter Bezugnahme auf die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik, insbesondere von Hans Rothfels, siehe Günter Paulus, Wissenschaftliche Zeitgeschichte oder Apologie des deutschen Imperialismus, in: ZfG 3 (1955), H. 1, S. 3—28, sowie: Zum zehnten Jahrestag der Befreiung, in: ZfG 3 (1955), H. 4, S. 528ff., dort v. a. S. 547; schließlich: Die Partei der Arbeiterklasse und die Geschichtswissenschaft, in: ZfG 3 (1955), H. 5, besonders S. 678.

¹³⁾ Die Verbesserung der Forschung und Lehre ..., a. a. O., S. 511.

⁷⁾ 1. Aufl. Berlin 1946.

⁸⁾ So Diehl/Dlubek, Die Historiker ..., a. a. O., S. 883.

⁹⁾ Abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. III, S. 581 f. Dort heißt es: „Die Geschichte Deutschlands enthält nicht nur die schmachvollen Taten der herrschenden Klassen, besonders der deutschen Imperialisten. Die Geschichte unseres Vaterlandes ist auch reich an freiheitlichen, revolutionären Taten, an bedeutenden Leistungen der großen Söhne und Töchter des deutschen Volkes für die Entwicklung der deutschen Kultur und der Weltkultur. Die wissenschaftliche Ausarbeitung der deutschen Geschichte vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus wird ... zur Verstärkung des nationalen Kampfes, zur Beschleunigung der Einheit der Arbeiterklasse und zum Zusammenschluß aller Werktätigen in Stadt und Land um die Arbeiterklasse beitragen.“

allem *nach* 1945 — auseinanderzusetzen, sollte bis Ende der fünfziger Jahre zu dem geradezu schizophrenen Tatbestand führen, daß geschichtliche Darstellungen der jüngsten Vergangenheit nahezu ausschließlich aus der Feder führender Mitglieder des Partei- und Staatsapparats stammten¹⁴⁾ — allen voran Walter Ulbricht, der aus seinem großen persönlichen Geschichtsinteresse kein Hehl machte und sich selbst als Historiker „sozusagen im dritten Beruf“¹⁵⁾ verstand.

Die offenkundige Zurückhaltung der Historiker in der DDR hatte allerdings handfeste Gründe: Zum einen war ihre Verunsicherung durch die permanenten Eingriffe der SED groß; Unklarheit bestand vor allem hinsichtlich des ideologischen Standpunktes, der eingenommen werden sollte, denn seit dem Tod Stalins im Jahre 1953 hatten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei um die Frage der Entstalinisierung, besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU, verschärft. Durch die Zuspitzung der weltpolitischen Lage während der Suez-Krise und durch die Aufstände in Ungarn und Polen hatten die parteiinternen Konflikte ein neues Stadium erreicht, die erst nach vollzogenem Machtkampf in der Spitze der Parteiführung mit dem Sieg Walter Ulbrichts ein Ende fanden¹⁶⁾.

Zum anderen sah sich die Partei trotz ihres Beschlusses vom Jahre 1955 zwei Jahre später erneut gezwungen, die Historiker zu kritisieren, weil es als Folgeerscheinung durch „gewisse ideologische Schwankungen in den Reihen der kommunistischen und Arbeiterparteien, von denen auch manche marxistischen Historiker der DDR nicht unbeeinflusst geblieben sind“¹⁷⁾, dazu gekommen sei, „das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit ver-

schiedener Gesellschaftsordnung auf das Gebiet der Ideologie zu übertragen“¹⁸⁾. Gemeint war damit, daß die Historiker der DDR nach Ansicht der SED-Führung „in den Diskussionen zwischen den Vertretern des dialektischen und historischen Materialismus und den Vertretern bürgerlicher Auffassungen“¹⁹⁾ zu wenig marxistisch-leninistische Prinzipienfestigkeit bewiesen.

Allerdings hatte die Partei durch unklar formulierte Aufgabenstellung der von ihr geforderten Zeitgeschichtsforschung dazu beigetragen, die Zwecksetzung marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte unscharf werden zu lassen. So hieß es im Beschluß der SED aus dem Jahre 1955 in einem Atemzug: „Eine historische Darstellung der tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland seit 1945 wurde bisher fast völlig unterlassen. Es sind erst wenig Bücher und Artikel erschienen, die sich bei der Darlegung der historischen Wahrheit konkret mit den von der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung verbreiteten Geschichtslügen auseinandersetzen.“²⁰⁾ Was war demnach marxistisch-leninistische Zeitgeschichte? Geschichtswissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Neuesten Zeit oder ideologische Auseinandersetzung mit der Geschichtsschreibung des westdeutschen Klassenfeindes — oder beides zusammen? Jedenfalls war die Funktion der geforderten und zu intensivierenden Zeitgeschichtsforschung in der DDR zweideutig formuliert, was vor dem Hintergrund der ideologischen Richtungskämpfe in den Jahren zwischen 1953 und 1958 die Entwicklung marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte eher behinderte.

Überdies zeigte sich, daß die wenigen Veröffentlichungen, die tatsächlich von Historikern stammten und sich mit zeitgeschichtlichen Themen befaßten, nahezu ausnahmslos einer scharfen Kritik anheimfielen, in der entweder die Einnahme eines falschen ideologischen Standpunktes oder die unrichtige politische Einschätzung historischer Vorgänge bemängelt wurde.

Dies galt z. B. für die Arbeit von Werner Plesse zum „Antifaschistischen Widerstandskampf in

¹⁴⁾ So u. a. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Berlin 1/1955; Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1955, und noch einmal Walter Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 bis 1958, Berlin 1/1955.

¹⁵⁾ Vgl. Lothar Berthold, Sozusagen mein dritter Beruf, in: Neues Deutschland v. 14. 6. 1964 (Zit. nach E. Förtsch, Geschichtswissenschaft, in: Produktivkraft Wissenschaft. Sozialistische Sozialwissenschaften in der DDR, Hamburg 1970).

¹⁶⁾ Zu den politischen Hintergründen vgl. Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 87 ff.

¹⁷⁾ Vgl. Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 4 (1957), H. 3, S. 449—455; loc. cit. S. 451.

¹⁸⁾ Ebenda.

¹⁹⁾ A. a. O., S. 453.

²⁰⁾ Die Verbesserung der Forschung ..., a. a. O., S. 511.

Mitteldeutschland (1939 bis 1945)²¹⁾, an der kritisiert wurde, „daß die Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht gründlich wissenschaftlich dargelegt und eingeschätzt, sondern geradezu außer acht gelassen“²²⁾ werde, wie ebenso für das Werk von Stefan Doernberg „Die Geburt eines neuen Deutschland“²³⁾, die man als eine der ersten, tatsächlich aus der Feder eines DDR-Historikers stammenden zeitgeschichtlichen Monographien bezeichnen kann²⁴⁾. Doernberg wurde von zwei Mitgliedern der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft gerügt, seiner „formalistischen Staatsbetrachtung“²⁵⁾ wegen die „Staatsmacht im wesentlichen einseitig, nur als Ergebnis, nicht aber zugleich als Instrument des von der marxistisch-leninistischen Partei gelenkten Volkskampfes betrachtet“²⁶⁾ und dadurch „Tendenzen der Konstruktion eines Gegensatzes von Volk und Staat“²⁷⁾ freigesetzt zu haben; dies schade der spezifisch bewußtseinsbildenden Funktion zeitgeschichtlicher Darstellungen.

Wohl die härteste Kritik an den ersten Forschungsergebnissen der frühen marxistisch-leninistischen Zeitgeschichte in der DDR, die zugleich die massivste Interpretationskorrektur seitens der Partei gegenüber der Geschichtswissenschaft darstellte, bedeutete die Verwerfung der Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution im Jahre 1958, welche die Historiker eigens zu diesem Zweck ausgearbeitet hatten. Ulbrichts Kritik an den Histo-

rikern war unmißverständlich: „Bei der Ausarbeitung der vorliegenden Thesen zeigten sich in der vom Politbüro eingesetzten Kommission grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten und falsche Auffassungen über den Charakter der Novemberrevolution. Ein Teil der Genossen Historiker vertrat eine Auffassung, die dem Beschluß des Parteivorstandes der SED ... widersprach. Wie war es dazu gekommen?“²⁸⁾ Es folgte eine ausführliche Begründung dieser Fehltritte der unter — wie es hieß — „revisionistischen Einfluß“ gekommenen Historiker. Diese Intervention, die die wissenschaftliche Arbeit der DDR-Historiker sozusagen vom Tisch fegte und sie zugleich desavouierte, stellt den Tiefpunkt der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR insgesamt und der marxistisch-leninistischen Zeitgeschichte im Besonderen dar. Kein Wunder, daß die Historiker in der DDR wenig Lust verspürten, sich — wie gefordert — zeitgeschichtlichen Fragen verstärkt zu widmen. Die Publikation von zeitgeschichtlichen Arbeiten hielt sich daher nach wie vor in Grenzen und trug fast ausnahmslos propagandistischen Charakter.

In dieser ersten Entwicklungsphase marxistisch-leninistischer Geschichtswissenschaft in der DDR zeigte sich deutlich — und dies bis heute —, daß Zeitgeschichte im Vorfeld von Politik und Ideologie angesiedelt und entsprechend stärkeren Erschütterungen ausgesetzt ist bzw. darauf zu reagieren hat als andere Forschungszweige und -gebiete der Historiographie in der DDR. Eine im Jahre 1959 abgehaltene Tagung, die tatsächlich „als erste große wissenschaftliche Konferenz auf dem Gebiet der Zeitgeschichte“²⁹⁾ in der DDR angesehen werden muß, kam um die Feststellung nicht herum, daß nach wie vor „wichtige Fragen der Geschichte nicht von den Historikern, sondern von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei geklärt würden“³⁰⁾.

Nach und nach jedoch, so scheint es in der Rückschau, gelang es der SED, diese Scheu der

²¹⁾ Abgedruckt in: ZfG 2 (1954), H. 6, S. 813 ff.

²²⁾ Vgl. hierzu die Diskussion über den Aufsatz von Werner Plesse „Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1933 bis 1945)“, in: ZfG 3 (1955), H. 6, S. 928—933; loc. cit. S. 929.

²³⁾ Die Geburt eines neuen Deutschland. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959.

²⁴⁾ Hinzuzuzählen wären darüber hinaus Werner Horn, Der Kampf der Arbeiterklasse um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland (1945 bis 1949), Berlin 1958, sowie H. Lipski, Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte unter Führung der Partei um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland (1945 bis 1949), Berlin 1960, und Hans Müller, Die Entwicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland 1945 bis 1949, Berlin (O) 1961.

²⁵⁾ Erwin Hellmann, Lucie Haupt, Zur Rolle der Staatsfrage in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Staat und Recht (1960), H. 5, S. 744—759; loc. cit. S. 749.

²⁶⁾ A. a. O., S. 747.

²⁷⁾ A. a. O., S. 753.

²⁸⁾ Siehe Walter Ulbricht, Begründung der Thesen über die Novemberrevolution, in: ZfG 6 (1958), SH, S. 28—54; loc. cit. S. 29.

²⁹⁾ Eine wissenschaftliche Konferenz über die Bedeutung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (Günter Benser), in: BzG 3 (1960), H. 1, S. 181—194.

³⁰⁾ A. a. O., S. 191.

Historiker zu überwinden, wenngleich es an Mahnungen, sich verstärkt mit der jüngsten Zeitgeschichte auseinanderzusetzen, nicht fehlte. Denn zwei Jahre später erklärte das für die Geschichtswissenschaft zuständige ZK-Mitglied der Partei und der zugleich ranghöchste Historiker der DDR, Ernst Diehl, mit unüberhörbarer Ironie, es sei der SED inzwischen gelungen, eine „Art Abstandstheorie, die bei Historikern unserer Republik verbreitet war, zu überwinden. Diese Theorie besagte, daß die gründliche wissenschaftliche Untersuchung von geschichtlichen Prozessen, die eben erst abgeschlossen oder noch im Gange sind, unmöglich wäre, daß ohne Zugang zu allen Akten und Unterlagen keine wirksame Geschichtsschreibung möglich sei, usw. Tatsächlich lief diese Auffassung auf eine pseudoakademische Loslösung der Geschichtswissenschaft von der Praxis, von den Lebensfragen unseres Volkes hinaus.“³¹⁾

Festzuhalten bleibt, daß die von der SED immer wieder und bisweilen ungestüm gefor-

derte intensivere Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Problemen schließlich doch zu einer beträchtlichen Erhöhung von Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte führte, wobei gemäß der vorgegebenen Doppelfunktion zeitgeschichtlicher Arbeit, sich gleichzeitig kämpferisch mit der Historiographie in der Bundesrepublik auseinanderzusetzen, letzteres zum damaligen Zeitpunkt einen gewissen Vorlauf hatte. Dies resultierte nicht zuletzt daraus, daß die DDR durch die sprunghaft steigende Fluchtwelle in den zwei Jahren vor dem Mauerbau wie auch noch geraume Zeit nach dem 13. August 1961 in eine politisch-ideologische „Schlinger-Phase“ geraten war, in der die ideologische Diversion aus der Bundesrepublik besonders gefürchtet wurde und dementsprechend abgewehrt werden sollte. Als Resümee bleibt jedenfalls festzuhalten, daß die zeitgeschichtliche Forschung in der DDR seit etwa dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 einen — zum Teil herbeigezwungenen — Aufschwung nahm³²⁾.

II. Zur Konsolidierung der Geschichtswissenschaft und Institutionalisierung von Zeitgeschichtsforschung in der DDR

Für die Weiterentwicklung marxistisch-leninistischer Zeitgeschichtsforschung in der DDR sollte nun seit Anfang der sechziger Jahre die zunehmende Konsolidierung der Geschichtswissenschaft insgesamt entscheidende Bedeutung gewinnen. Dies war einerseits eine Folge der seit 1955 vorgenommenen Eingriffe der SED, eine größere ideologische, aber auch personelle Homogenität in der Historiographie zu erzielen — man könnte diesen Entwicklungsabschnitt als „Disziplinierungsphase“ bezeichnen —, andererseits entkrampfte sich das Verhältnis Partei/Ge-

schichtswissenschaft zunehmend, wobei in diesem Zusammenhang ausdrücklich festzuhalten ist, daß es hier keinen wirklich tiefgreifenden oder gar grundsätzlichen Dissens im ideologischen Bereich gab, sondern Konflikte eher aus dem Verhältnis zwischen den Anforderungen der Politik und deren Umsetzung in der Geschichtswissenschaft resultierten³³⁾, zumal die Historiographie in der DDR Mitte der sechziger Jahre bedeutende eigenständige Leistungen vorlegen konnte — so die 1966 auch von der Partei groß gefeierte Herausgabe der achtbändigen „Geschichte der deutschen

³¹⁾ Ernst Diehl, Zum Stand und zu den Aufgaben der Forschungsarbeit über Fragen der Geschichte seit 1945, in: *Unsere Zeit* (1961), H. 3, S. 237 ff.; loc. cit. S. 246. Vgl. hierzu auch für den Bereich der Gesellschaftswissenschaften insgesamt Hannes Hörnig, Für ein hohes schöpferisches Niveau der Gesellschaftswissenschaften, in: *Einheit* 16 (1961), H. 3, S. 403—417.

³²⁾ Zu dieser Feststellung gelangt auch Chr. v. Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR*, a. a. O., S. 161.

³³⁾ Um Mißverständnissen vorzubeugen und vor schnellen Annahmen entgegenzuwirken vgl. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland*, a. a. O., S. 175 ff.

Arbeiterbewegung³⁴⁾ sowie die 1968 erschienene dreibändige und reich ausgestattete „Deutsche Geschichte“³⁵⁾.

Die vertiefte Orientierung auf die Geschichte der Arbeiterbewegung seit 1962, die in der ausdrücklichen Befürwortung durch das ZK der SED zur Ausarbeitung eines Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung³⁶⁾ konkreten Ausdruck gefunden hatte und durch den VI. Parteitag ein Jahr später bestätigt wurde, minderte das Prioritätsziel geforderter Intensivierung der zeitgeschichtlichen Forschung keineswegs. Mit zunehmend auf die Zeit nach 1945 gerichtetem Blickwinkel wurde die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft auf die Darstellung der Entstehung und Entwicklung der DDR als Ergebnis des kontinuierlichen und gesetzmäßigen Entwicklungsprozesses der deutschen Arbeiterbewegung verwiesen. Doernbergs „Kurze Geschichte der DDR“, die 1964 nach umfanglicher Umarbeitung auf der Basis dieser Grundlinie herauskam und seither mehrfach aufgelegt worden ist, war die erste zusammenfassende Darstellung der Geschichte des zweiten deutschen Staates. Diese Ausrichtung auf die Historie der Arbeiterbewegung lief parallel zu dem von der SED auf dem VI. Parteitag erhobenen Anspruch auf nationale und klassenmäßige Führung in Deutschland, wie dieser Parteitag überhaupt den Beginn einer DDR-spezifischen Identitätsprofilierung darstellte, die bis zum Ende der Ära Ulbricht im

Mai 1971 bestimmender Grundzug der Selbstdarstellung der DDR bleiben sollte.

Für die Zeitgeschichte in der DDR stellen die sechziger Jahre den allmählichen Übergang von einer vornehmlich propagandistisch ausgerichteten und sich im Dauer-Clinch mit der bundesrepublikanischen Historiographie befindlichen Polemik zu einer sowohl thematisch als auch methodisch einsetzenden Differenzierung bei der Bearbeitung zeitgeschichtlicher Forschungsthemen dar. Im Anleitartikel für die Geschichtswissenschaft nach dem VI. Parteitag hieß es: „Besonderes Augenmerk ist auf die Untersuchung der Probleme des sozialistischen Aufbaus in der DDR, auf die historische Rolle des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates, sowie auf die Aufdeckung der volksfeindlichen Rolle des westdeutschen klerikal-militaristischen Regimes ... zu richten.“³⁷⁾ In dieser Reihenfolge ist zugleich eine Rangfolge zu sehen. Denn in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann eine breit angelegte Erforschung der Geschichte der SBZ bzw. späteren DDR, deren Schwerpunkte in der Darstellung der Politik der SED, der Entwicklung der Wirtschaft und der Außenpolitik lagen, wobei der Einbezug von Quellentexten und Dokumenten das ideologisch-propagandistische Element zunehmend in den Hintergrund zu drängen begann. Einen Höhepunkt der zeitgeschichtlichen Produktion stellte naturgemäß der 20. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1969 dar³⁸⁾.

III. Die Bedeutung des VII. und VIII. Parteitages für die Forcierung der Zeitgeschichtsforschung in der DDR

Von besonderer Bedeutung mit entsprechender Rückwirkung auf die Zeitgeschichte wurde der VII. Parteitag der SED vom April 1967. Dieser Parteitag, der mit der Formel von der „relativ eigenständigen Entwicklung der

sozialistischen Gesellschaft in der DDR“³⁹⁾ eine politisch-ideologische Positionsbestim-

³⁴⁾ Dietz Verlag Berlin (O) 1966. Zur Herausgabe vgl. den Panegyrikon von Lothar Berthold, Unser nationales Geschichtsbild, in: Einheit 21 (1966), H. 2, S. 225—231.

³⁵⁾ VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (O) 1968.

³⁶⁾ Vgl. hierzu ZfG 10 (1962), H. 6.

³⁷⁾ Das Programm des Sozialismus und die Aufgaben der Historiker in der DDR, in: ZfG 11 (1963), H. 2, S. 257.

³⁸⁾ Die hierzu in der ZfG abgedruckten Beiträge sind interessanterweise in der überwiegenden Mehrzahl Erinnerungen; wissenschaftlich zu nennende zeitgeschichtliche Beiträge figurieren nur am Rande, vgl. ZfG 17 (1969), H. 7, S. 864ff., u. H. 8, S. 1003ff.

³⁹⁾ Hierzu umfassend Hans Lades, Zur Funktion des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/71.

mung vornahm, durch welche die Eigenentwicklung der DDR dokumentiert werden sollte, war mit der Propagierung der „Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems in der DDR“⁴⁰⁾ auch innerhalb des Ostblocks eine politisch-ideologische Besonderheit.

Für die weitere Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR über die Ulbricht-Zeit hinaus wurde die besondere Rolle und Funktion, die den Gesellschaftswissenschaften jetzt beigegeben wurde, bedeutsam. Sie war Ausdruck eines nunmehr favorisierten Systemdenkens: Gesellschaft wurde begriffen als Gesamtsystem mit davon abhängigen Teilsystemen; Wissenschaft wurde dementsprechend als Teilsystem, d. h. als „unmittelbare Produktivkraft“ bzw. „Hauptproduktivkraft“ definiert. Dahinter stand die Absicht der SED, die gesellschaftspolitische und ideologische Effizienz der Gesellschaftswissenschaften zu steigern. Als der bedeutendsten marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft wurde der Geschichtswissenschaft die entscheidende Funktion bei der Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins zugemessen, das gleichsam den Kern des projizierten DDR-Staatsbewußtseins bilden sollte. Dies hatte für die Entwicklung der Historiographie in der DDR zur Folge, daß innerhalb der Wissenschaft eine breite Diskussion einsetzte über die Problematik von Geschichte und Geschichtsbewußtsein in der sozialistischen Gesellschaft, die schnell den von der Partei gegebenen Anstoß vergessen machte und in eine tatsächlich wissenschaftliche Auseinandersetzung mündete, wie sie in solcher Intensität bisher noch nicht stattgefunden hatte.

Zugleich war diese innerwissenschaftliche Diskussion folgenreich über die diskutierte Problematik hinaus: Sie führte zu einer verstärkten Auseinandersetzung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR mit theoretischen und methodologischen Problemen. Denn der anlaufende und bisher nicht zum Stillstand gekommene Prozeß der Theoretisierung geschichtswissenschaftlicher Forschung in der DDR hatte die Ausweitung,

⁴⁰⁾ Hierzu Frank Reuter, *Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion*, Köln 1973, der sich in seiner Studie diesem durch den VII. Parteitag der SED initiierten Prozeß widmet.

Implementierung und Differenzierung des geschichtswissenschaftlichen Theorie- und Methodenpotentials zur Folge, was gleichzeitig — und bis heute — zu einer zum Teil erheblichen Ausweitung der interpretatorischen Bandbreite marxistisch-leninistischer Geschichtsforschung der DDR beitrug⁴¹⁾.

Der Vorgang wirkte auch auf die Zeitgeschichtsforschung zurück. Nicht nur, daß die vom VIII. Parteitag ausgegebene, stark DDR-zentrische Perspektive der Geschichtsdarstellung bzw. Selbstdarstellung das Forschungsgebiet Zeitgeschichte direkt förderte und es seither zum dominierenden historischen Forschungsthema werden ließ, auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Historie ab 1945 führte zunehmend zu differenzierteren Betrachtungsweisen und Bewertungen, zumal die Erstellung eines konkreten Geschichtsbildes von der Partei immer wieder gefordert wurde. Dies gilt bis heute: „Die Welt historisch erfassen — das ist keine leere Formel, keine abstrakte, des konkreten geschichtlichen Lebens entleerte These; denn das wissenschaftliche Weltbild soll das Handeln der Menschen prägen. Das verlangt eine wirkliche Vorstellung vom Gang der Geschichte in ihren wesentlichen Zügen; dazu gehört, daß man sich die Geschichte selbst mit all ihren Widersprüchen und Konflikten, mit ihrer Dramatik, mit den Kämpfen, Niederlagen und Siegen der fortschrittlichen Klassen angeeignet hat: Das Geschichtsbild besteht nicht aus einer Summe von abstrakten theoretischen Formeln; zu einem Geschichtsbild gehört die Kenntnis des gesetzmäßigen Entwicklungsprozesses der Gesellschaft in ihrer Konkretheit.“⁴²⁾

Insofern bedeutet die bislang letzte und nach wie vor gültige Kurskorrektur, welche die SED politisch und ideologisch auf dem VIII. Parteitag im Jahre 1971 vornahm, keine Einschränkung oder gar Minderung des Stellenwerts zeitgeschichtlicher Forschung in der DDR. Ge-

⁴¹⁾ Vgl. Günther Heydemann, *Der Theorie-Boom in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR seit 1967. Ursachen — Entwicklung — Perspektiven*, in: *Deutschland-Archiv* 13 (1980), H. 3, S. 260—271.

⁴²⁾ So Horst Bartel, *Walter Schmidt, Neue Probleme der Geschichtswissenschaft in der DDR. Zur bisherigen Auswertung des VIII. Parteitages der SED durch die Historiker*, in: *ZfG* 20 (1972), H. 7, S. 707ff.; loc. cit. S. 810.

rade innerhalb des zeitgeschichtlichen Themenkatalogs zeichnete sich unübersehbar eine Veränderung ab: Seit etwa 1973 überwiegt das Forschungsgebiet „Geschichte der Neuesten Zeit II“, d. h. die Geschichte nach 1945, gegenüber dem Bereich „Geschichte der Neuesten Zeit I“, also der Zeit von 1917 bis 1945⁴³⁾.

Die Neuorientierung der Geschichtsperspektive, welche die Partei ausgab und die auf den folgenden Parteitag nicht mehr geändert wurde, ist für die seitherige Zeitgeschichtsforschung in der DDR von grundsätzlicher Bedeutung. Hinter dem 1971 propagierten Diktum „Revolutionärer Weltprozeß“⁴⁴⁾ verbarg sich nichts anderes als eine Zurücknahme der in Ulbrichts letzter Amtszeit stark betonten DDR-zentrischen Perspektive der Geschichtsdeutung zugunsten internationalistischer Geschichtsinterpretation. Entsprechend wurde auch die politisch-ideologische Standortbestimmung der DDR mit der Definierung vom VII. Parteitag 1967 als einer „relativ eigenständigen und langfristigen Entwicklung des Sozialismus in der DDR“ verworfen und statt dessen die gesellschaftliche Entwicklung des Sozialismus in der DDR mit der Bestimmung „Bestandteil der welthistorischen ökonomischen Gesellschaftsformation Sozialismus/Kommunismus“ wieder in völligen Einklang gebracht. In politischer Hinsicht kam in dieser Formel erneut eine stärkere Anbindung der DDR an die Sowjetunion und die sozialistischen Nachbarstaaten zum Ausdruck; ideologisch gesehen wurde damit an dogmatischen Positionen des Leninismus wiederangeknüpft. Konkret soll die internationalistische Betrachtungsweise des Geschichtsprozesses, den die DDR-Historiographie seither zu erbringen hat, besonders die Bedeutung der Oktoberrevolution für die Geschichte der DDR und die Rolle der Sowjetarmee nach 1945 „als integrale Bestand-

teile der DDR-Geschichte“⁴⁵⁾, d. h. als Leitlinien zeitgeschichtlicher Geschichtsdeutung in der DDR, herausarbeiten.

Durch diese Positionsbestimmung der SED ergab sich für die Geschichtswissenschaft der DDR beinahe zwangsläufig eine erneute Periodisierungs-Debatte über die Entwicklung nach 1945 auf dem Boden der SBZ bzw. späteren DDR. Das von der Partei initiierte „internationalistische Herangehen“⁴⁶⁾ führte in der marxistisch-leninistischen Zeitgeschichtsforschung dazu, den Prozeß der Entstehung und Entwicklung der DDR auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg als Bestandteil einer Welle von Revolutionen innerhalb des ost- und südosteuropäischen Raumes zu interpretieren, einer antifaschistischen-demokratischen von 1945 bis 1949 und, mit der Gründung der DDR einsetzend, einer sozialistischen Revolution, die „gleichzeitig und gemeinschaftlich mit der Entstehung anderer sozialistischer Staaten und in Verbindung mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems“⁴⁷⁾ erfolgten; d. h., DDR-spezifische Entwicklungsbedingungen werden bzw. wurden jetzt nicht mehr, wie zuvor, noch eigens betont, sondern die parallele Entwicklung zu den übrigen sozialistischen Staaten Osteuropas hervorgehoben⁴⁸⁾.

Eine weitere entscheidende Änderung erfuhr die Interpretation der jüngsten Zeitgeschichte durch die Geschichtswissenschaft in der DDR dadurch, daß die SED auf dem VIII. Parteitag von 1971 eine neue Haltung zur nationalen Frage einnahm. Dieser politische Kurswechsel war eine Reaktion auf die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, deren deutschlandpolitische Formel: „Zwei Staaten — eine Nation“ den Abgrenzungsabsichten der Partei zuwiderlief. Nach den Worten Honeckers muß die nationale Frage von ihrem „Klasseninhalt“ her

⁴³⁾ Dies läßt sich auch statistisch nachweisen. Eine quantitative Analyse, die aufgrund der abgedruckten zeitgeschichtlichen Beiträge in der seit 1953 erscheinenden ZfG, dem bedeutendsten wissenschaftlichen Organ der Historiographie der DDR, erstellt wurde, wird noch an anderer Stelle publiziert werden.

⁴⁴⁾ Dazu umfassend Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Probleme und Aspekte der gegenwärtigen Umorientierung der Geschichtswissenschaft der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/76.

⁴⁵⁾ Christina von Buxhoeveden, Geschichtswissenschaft und Politik ..., a. a. O., S. 169.

⁴⁶⁾ Heinz Heitzer, Neue Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR, in: ZfG 20 (1972), H. 8, S. 954—966; loc. cit. S. 958 mit dieser bezeichnenden Formulierung.

⁴⁷⁾ Ernst Diehl, Die Geschichte des deutschen Volkes im welthistorischen Prozeß, in: ZfG 21 (1973), H. 3, S. 272—288; loc. cit. S. 958.

⁴⁸⁾ Vgl. Christina von Buxhoeveden, Geschichtswissenschaft ..., a. a. O., S. 168 ff.

angegangen werden⁴⁹⁾. Dementsprechend sei die nationale Frage auf deutschem Boden inzwischen endgültig entschieden. Während in der Bundesrepublik Deutschland die „bürgerliche Nation“ fortbestehe, deren Wesen durch den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie

und den werktätigen Massen bestimmt werde, entwickle sich in der DDR die sozialistische Nation. In der Folge ist in der zeitgeschichtlichen Darstellung der Entwicklung der DDR das Adjektiv „sozialistisch“ stärker hervorgehoben worden als das Substantiv „Nation“.

IV. Gegenwärtige Entwicklungen und Tendenzen

In jüngster Zeit schließlich lassen sich in zeitgeschichtlichen Publikationen der DDR-Historiographie gewisse Ansätze zu einer kritischeren Haltung gegenüber der eigenen Geschichte erkennen, die bisweilen sogar die SED tangieren können. Als Beispiel für mehrere Beiträge dieser Art sei die Frage der polnischen Westgrenze in den Jahren 1948/49 herausgegriffen: „Eine breite Auswertung der internationalen Erfahrungen und der Ausbau der internationalen Beziehungen waren nicht möglich, solange sich in den Reihen der SED nicht eine von internationalistischer Haltung geprägte Einstellung zur Oder-Neiße-Grenze durchgesetzt hatte. Nicht alle Mitglieder der Partei hatten die Konsequenzen aus den Ergebnissen des vom deutschen Imperialismus verschuldeten Zweiten Weltkrieges gezogen... Die Überwindung antipolnischer Tendenzen erklärte die SED zur Voraussetzung für gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik Polen.“⁵⁰⁾ Solche Ansätze scheinen bemerkenswert, wobei für den konkreten Fall angemerkt werden muß, daß diese Umerziehungsprozesse weder in den Reihen der Partei noch in der Bevölkerung der DDR offensichtlich bisher von großem Erfolg gekrönt worden sind. Trotz dieser Ansätze darf aber keinesfalls übersehen werden, daß es nach wie vor zeitgeschichtliche Themata und Probleme gibt, die, da sie nicht tabuisiert werden können, eindeutig kaschiert

werden: Dies gilt vor allem für den 17. Juni 1953 und den 13. August 1961⁵¹⁾.

Resümierend muß festgestellt werden, daß die siebziger Jahre zum Jahrzehnt der zeitgeschichtlichen Forschung in der DDR wurden. Der Schwerpunkt lag und liegt dabei eindeutig auf der Zeit nach 1945. Es erschienen sowohl Gesamtdarstellungen als auch Darstellungen zu speziellen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen der DDR-Geschichte⁵²⁾. Zweifellos ist diese aus DDR-Sicht sicherlich positive Leistungsbilanz der Zeitgeschichte mit ihrer charakteristischen Konzentration auf die Nachkriegszeit zugleich auch Ausdruck eines in der DDR gewachsenen Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls. Wenn daher im anderen deutschen Staat seit Beginn der siebziger Jahre die Bestrebung klar erkennbar ist, den eigenen Staat zunehmend aus der eigenen Geschichte heraus zu legitimieren, dann wird versucht, diesem Gefühl und dieser Selbst einschätzung Stabilität zu verleihen.

⁵¹⁾ In der neuesten Gesamtdarstellung zur Geschichte der DDR, im sog. Hochschullehrbuch (= Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/O 1981), gelten der 17. Juni 1953 nach wie vor als „konterrevolutionärer Putsch“ und der 13. August 1961 als „Sicherung der Staatsgrenze“; vgl. S. 156ff. u. S. 228.

⁵²⁾ So das inzwischen mehrfach aufgelegte Werk: „DDR — Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik“; sodann der „Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“, 2. erw. Aufl. 1979, in welchem die Darstellung des Zeitraumes nach 1945 fast die Hälfte des Werkes umfaßt; nicht minder bedeutend sind zeitgeschichtliche Einzeldarstellungen wie der „Abriss der Geschichte der SED“, Frankfurt/M. 1978, und die erst vor kurzem erschienene „Kulturgeschichte der DDR“ von Joachim Streisand, Köln 1981.

⁴⁹⁾ Dazu grundlegend das DDR-Handbuch, hrsg. v. Peter Christian Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe, 2. erw. Aufl. 1979, Artikel: Nation und nationale Frage, S. 748ff.

⁵⁰⁾ So Gerd Dietrich, Zur internationalistischen Arbeit der SED 1948/49, in: ZfG 27 (1979), H. 9, S. 820—834; loc. cit. S. 825.

Internationale Schulbuchforschung

Aufgaben, Arbeitsweise und Probleme

Zur Geschichte der internationalen Schulbuchrevision

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten aufmerksame Köpfe in der europäischen Friedensbewegung bemerkt, daß die Quelle der Belehrung für die Jugend aus den Schulbüchern keineswegs immer klar und ungetrübt floß. Das populäre und weit verbreitete, von Staats wegen beaufsichtigte und empfohlene Erziehungsinstrument Schulbuch steckte vielmehr voller Vorurteile gegenüber anderen Völkern, enthielt Verzerrungen, ungerechtfertigte Verherrlichungen des eigenen oder Herabsetzungen des anderen Landes, trug klischeehafte Vorstellungen, oft Feindbilder, in die Köpfe der Jugend und war überdies nicht frei von sachlichen Fehlern.

„Internationale Schulbuchrevision“ als ein Mittel, die künftige Kriegsgefahr mit Hilfe der Erziehung zu verringern, wurde nach dem Ersten Weltkrieg zu einer breiten Bewegung; denn was während dieses Krieges in den kriegführenden Ländern Europas den Schülern zum Zwecke nationaler Mobilisierung in die Lehrbücher geschrieben wurde, gab nach dem Kriege Anlaß zu Besinnung und Gegenwirkung. In dem Maße, wie sich während des Krieges der überspitzte Nationalismus ad absurdum geführt hatte, wie die internationale Zusammenarbeit bedeutender wurde und ihre eigenen Institutionen ausbildete, sah sich auch der Unterricht zum Verlassen des Gettos nationaler Vorurteile und Verzeichnungen herausgefordert. Der Völkerbund selbst organisierte die Arbeit internationaler Schulbuchrevision in nationalen und internationalen Komitees¹⁾.

Was so einfach schien — nachprüfbare Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung ohne nationale Vorurteile zusammenzufassen —, erwies sich als schwierig. Schon die nationalen und internationalen Historikertage vor und nach dem Ersten Weltkrieg zeigten, in welcher verwickelten Probleme der Erkenntnistheorie und der Wissenschaftspraxis das Bemühen um internationale Abstimmung von politischen, historischen und geographischen Aussagen führte²⁾. Dennoch versuchten Pädagogen und Wissenschaftler immer wieder in vielen internationalen Konferenzen, Empfehlungen für die Gestaltung der Schulbücher auf der Basis des wissenschaftlichen Forschungsstandes und unter der Norm der Völkerverständigung zu erarbeiten.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg den Skeptikern erwiesen schien, daß es ein vielleicht edles, aber nutzloses Unterfangen sei, die Menschen durch Belehrung zu bessern, Feindschaft oder gar Kriege durch Aufklärung der Köpfe zu vermindern, hat im zerstörten Nachkriegsdeutschland Georg Eckert, Professor an der Kant-Hochschule in Braunschweig, den gegenteiligen Schluß gezogen. Die UNESCO hat mit Hilfe ihrer nationalen Kommissionen nicht ohne Erfolg versucht, die Bemühungen des Völkerbundes aus der Zwischenkriegszeit im Bereich der Schulbuchrevision weiterzuführen; aber ohne das Engagement Georg Eckerts, ohne die ständige Arbeit des von ihm aus eigener Initiative gegründeten Internationalen Schulbuchinstituts hätte den Bemühungen zur Schulbuchrevision die lebendige und

¹⁾ Vgl. Carl August Schröder, Die Schulbuchverbesserung durch internationale geistige Zusammenarbeit. Geschichte — Arbeitsform — Rechtsprobleme, Braunschweig 1961.

²⁾ Karl Dietrich Erdmann, Internationale Schulbuchrevision zwischen Politik und Wissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 33 (1982), H. 8, S. 459—471.

vorwärtstreibende Kraft gefehlt, die in diesem Geschäft nötig ist, wenn es nicht in den Belanglosigkeiten abstrakter Kompromißformeln auf der Ebene internationaler Kulturdiplomatie veröden soll. Georg Eckert suchte und fand Unterstützung bei Lehrerverbänden, Parteien, Gewerkschaften, Botschaften.

Das Institut hatte diese Unterstützung nötig, denn es existierte lediglich als eine weder gesetzlich noch verwaltungsrechtlich abgesicherte Suborganisation. Seine Arbeit gewann ihre Bedeutung und ihr internationales Renommee, weil eine Vielzahl von Wissenschaftlern aus vielen Ländern sich dem Ruf zur — immer unentgeltlichen — Mitarbeit nicht verschloß, sondern ihre wissenschaftliche Kom-

petenz und pädagogische Erfahrung in den Dienst der Verbesserung der Schulbücher mit dem Ziel einer die Völkerverständigung fördernden Versachlichung und Entzerrung der Inhalte stellte. Nach und nach entstand die umfangreichste internationale Schulbuchbibliothek in den Fächern Geschichte, Geographie und politische Bildung, die es auf der Welt gibt; es entwickelten sich vielfältige Kontakte zu Wissenschaftlern und Kulturorganisationen des Auslandes. Ein Periodikum, daß „Internationale Jahrbuch für den Geschichts- und Geographieunterricht“, und die Schriftenreihe des Instituts verbreiteten nicht nur die Ergebnisse der Arbeit, die „Empfehlungen“, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden Untersuchungen und Diskussionen³⁾.

Das „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“

Nach dem Tode Georg Eckerts hat das Land Niedersachsen angesichts des Umfangs und der Bedeutung der internationalen Schulbucharbeit das alte „Internationale Schulbuchinstitut“ aus seinem ungeklärten und unetatisierten Zustand innerhalb der Hochschule herausgenommen und als Anstalt öffentlichen Rechts neu gegründet (1975). Dem Gründungsgesetz für das neue „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“ traten bisher sechs weitere Bundesländer durch Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen bei. Ein Kuratorium wurde gebildet, dem neben Vertretern der sieben Trägerländer des Instituts und Wissenschaftlern auch Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft angehören. Mit dieser Verselbständigung und neuen Konstituierung des Instituts war der Prozeß der Institutionalisierung internationaler Schulbucharbeit abgeschlossen. Länder der Bundesrepublik haben mit Beteiligung des Bundes ein etatisiertes und durch gesetzlich festgelegte Aufgaben bestimmtes permanentes Zentrum einer internationalen wissenschaftlichen und pädagogischen Forschung gegründet, die bis dahin und in allen anderen Ländern der Welt nur durch temporäre Arbeit einzelner oder

Gruppen, teils unkoordiniert, teils im Rahmen von Projekten der UNESCO, getan wurde. Insofern ist das „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“ Mittelpunkt der vergleichenden Schulbuchforschung und Schulbuchrevision für Wissenschaftler und Schulbuchautoren, für Pädagogen und Beamte der Schulverwaltungen. Das Land Niedersachsen und die Volkswagen-Stiftung haben auch durch die räumliche Unterbringung des Instituts die Möglichkeit geschaffen, die Bibliothek dem internationalen Benutzerkreis zugänglich zu machen und Arbeitstagungen durchzuführen.

Das Gründungsgesetz beschreibt die Aufgaben des Instituts sehr nüchtern: „Das Institut hat die Aufgabe, durch internationale Schulbuchforschung historisch, politisch und geographisch bedeutsame Darstellungen in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten miteinander zu vergleichen und Empfehlungen zu ihrer Versachlichung zu unterbreiten.“

³⁾ Otto-Ernst Schüddekopf, Zwanzig Jahre westeuropäische Schulgeschichtsbuchrevision, 1945—1949. Tatsachen und Probleme, Braunschweig 1966 (Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts, Bd. 12).

Aufgaben internationaler Schulbuchforschung

Diese Aufgabenstellung nennt den Gegenstand, das Medium und die Perspektive der Arbeit. Sie rückt die bilaterale oder multilaterale vergleichende Schulbuchanalyse sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Korrektur von Mängeln ins Zentrum.

Das Gesetz bezeichnet auch die Art und Weise, in der diese Aufgabe wahrgenommen werden soll, nämlich „durch internationale Schulbuchforschung“. Diese gesetzliche Verpflichtung des Instituts auf Wissenschaftlichkeit ist die sachliche Voraussetzung glaubwürdiger Arbeit; sie verweist es zugleich auf ein schwieriges Gebiet.

Die Entwicklung der Schulbuchforschung hat sich im letzten Jahrzehnt erheblich beschleunigt. Schulbuchforschung ist nicht mehr begrenzt auf das Aufspüren bestimmter Fehler oder Vorurteile zum Zwecke ihrer „Revision“. Sie ist vielmehr eine interdisziplinäre Forschungsrichtung geworden; Fachwissenschaftler, Didaktiker, Pädagogen und Sozialwissenschaftler untersuchen das Medium „Schulbuch“ unter einer Vielzahl von Fragestellungen.

Es versteht sich ferner von selbst, daß die Wirkung von Schulbüchern nur zu begreifen ist, wenn man dieses Unterrichtshilfsmittel im Rahmen des gesamten Lehrplans sieht, wenn man seinen Einsatz im Unterricht und seine Bedeutung für den Lernprozeß kennt, wenn man weiß, auf welche Weise und mit welchen Zielen mit ihm gearbeitet wird, wenn man die Entstehungsbedingungen der Schulbücher und die Sachzwänge zur Kenntnis nimmt, unter denen ihre Autoren stehen.

So ist die Schulbuchrevision auf der Basis von Schulbuchforschung ein verwickelteres Geschäft geworden, als man es ehemals gesehen hat. Es gehört zur Voraussetzung der Arbeit des Instituts, die Methode internationaler Schulbuchforschung im Rahmen der allgemeinen Schulbuchforschung genauer zu entwickeln. Nur auf diese Weise läßt sich eine tragfähige Grundlage für Schulbuchanalyse und -revision schaffen.

Daneben stellt sich ein zweites Grundproblem internationaler Schulbuchforschung: Es bedarf

genauerer Einsichten in den Zusammenhang zwischen historischem, geographischem oder politischem Unterricht und den durch die allgemeine politische Kultur vermittelten, „gängigen“ Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen. Schulbuchrevision wäre blind, wenn sie nicht den eigentümlichen und komplizierten Zusammenhang von politischem Legitimationsinteresse und Identifikationsbedürfnis einerseits sowie historischer, geographischer und politischer Bewußtseinsbildung andererseits im Blick hätte.

Es ist ja nicht blanke Lüge oder pure Bosheit, welche die Verzerrungen in die Selbst- und Fremddarstellungen bringt. Der Erfolg internationaler Schulbuchrevision, wenn sie sich nicht allein auf die Beseitigung von klaren Fehlern oder böswilligen und leicht widerlegbaren Verfälschungen beschränkt, hängt von der Aufdeckung und Erkenntnis dieses je unterschiedlichen Zusammenhangs von gegenwärtigem Selbstverständnis und historischem, geographischem und politischem Weltverständnis ab. Die Schulbücher aus älteren Epochen liefern dazu ein noch gar nicht hinlänglich erforschtes Quellenmaterial. Fallstudien aus der Vergangenheit schärfen den Blick für perspektivisch begründete Wahrnehmungsdifferenzen in den Büchern verschiedener Nationen. Diese Wahrnehmungen sind nicht schlicht falsch, sondern einseitig akzentuiert. Verbesserungsvorschläge können sich deshalb nicht auf den Ersatz einzelner Passagen beschränken; sie müssen die Perspektive erweitern und ergänzen⁴⁾.

Spätestens an dieser Stelle der abstrakten Beschreibung der Institutsaufgaben wird dem nachdenklichen Leser die Frage kommen, wie ein Institut, das diese vielfältigen Aufgaben erfüllen soll, ausgestattet sein müsse. Seine materielle Arbeitsgrundlage ist die einer umfangreichen internationalen Schulbuchbibliothek. Die personelle wissenschaftliche Kompetenz muß für jedes Forschungsprojekt neu „eingeworben“ werden. Denn ein „autarkes“ Institut, das bei dieser Aufgabenstellung seinen Bedarf

⁴⁾ Siehe K.-E. Jeismann, Internationale Schulbuchforschung. Aufgaben und Probleme, in: Internationale Schulbuchforschung, 1/1979. Vgl. hier auch die Publikationen des Duisburger Instituts für Schulbuchforschung, insbesondere die Reihe „Zur Sache Schulbuch“, hrsg. von H. E. Schallenberger, Bd. 1—10, Ratingen 1973—1977.

an wissenschaftlichen Experten selbst decken wollte, wäre ein Unding: einmal wegen der Quantitäten (Sprach- und Sachkenner), zum anderen auch deshalb, weil die Qualität der Arbeit und die Verbreitung ihrer Ergebnisse von der engen Verflechtung mit der allgemeinen wissenschaftlichen Forschung im Lande lebt. So verpflichtet das Gründungsgesetz das Institut zur Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Hochschulen. Es kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß ohne die Mitarbeit vieler deutscher und ausländischer Kollegen an Universitäten und wissenschaftlichen Instituten die Aufgaben des Instituts nicht zu erfüllen wären. Zur Zeit sind in den verschiedenen internationalen Projekten des Instituts von deutscher Seite etwa 50 Wissenschaftler beteiligt. Die Qualität der Institutsarbeit steht oder fällt also mit der Fähigkeit und Möglichkeit, in der wissenschaftlichen und pädagogischen Welt den Willen zur Mitarbeit zu finden.

Die Arbeitsweise

Die Arbeitsweise des Instituts bei einem bilateralen Projekt kann im idealtypischen Fall so beschrieben werden: Den Anstoß gibt entweder eine kulturpolitische Initiative, eine pädagogisch-wissenschaftliche Initiative von Verbänden, Institutionen oder auch Einzelpersonen aus anderen Ländern oder eine Initiative, die dem Forschungsspektrum des Instituts selbst entspringt.

Gespräche mit sozialistischen Staaten sind in der Regel organisatorisch einfach, weil die Partner in staatlichem Auftrag, meist betreut von der Akademie der Wissenschaften ihrer Länder, ausgesucht und finanziert werden und sich die Gespräche auf der Basis von formulierten kulturpolitischen Vereinbarungen vollziehen. Die aus anderen Ländern mit dem Eckert-Institut verhandelnden Gruppen sind entweder Vertreter von Verbänden oder hinzugezogene Fachexperten, freie Wissenschaftlergruppen, deren Kosten von kulturpolitischen Instanzen, Stiftungen, Universitäten getragen werden.

Zwischen den Arbeitsgruppen wird ein Projektentwurf vereinbart. In der Regel ist die erste Phase der Analyse der Schulbücher hinsichtlich der vereinbarten Themen und Stufen

gewidmet. Aufgrund der Schulbuchanalysen werden die Fehlerquellen, Darstellungslücken, fragwürdigen Akzente usw. festgestellt. In der nächsten Phase des Projekts stellen fachwissenschaftliche Experten den jeweiligen Gegenstand auf der Basis des Forschungsstandes dar. Die Diskussion zwischen Fachwissenschaftlern und Didaktikern oder Schulbuchautoren klärt sodann die angesichts des Forschungsstandes und der Möglichkeiten von Schulbuch und Unterricht angemessenen Verbesserungsvorschläge. In dieser Phase treten die Problemzonen der Verständigung über bestimmte Interpretationen, Urteile und Akzente hervor. Die Suche nach einem Konsens auf der Basis des wissenschaftlich Richtigen und pädagogisch Möglichen, unter der Norm des für die Vertiefung des Verständnisses Erwünschten ist oft schwierig. Die Ergebnisse stehen immer unter der Ungewißheit, ob und inwieweit sie von der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit verstanden, akzeptiert oder abgelehnt werden.

Die erarbeiteten Empfehlungen werden veröffentlicht. Das Institut stellt sie Verlagen, Autoren, Kultusministerien, interessierten Fachbibliotheken und Lehrern zur Verfügung. Die weiteste Verbreitung hatten bisher die deutsch-polnischen Empfehlungen, die in einer Auflage in Höhe von ca. 500 000 Exemplaren in der Bundesrepublik publiziert worden sind. Auch die deutsch-amerikanischen Empfehlungen haben in der deutschen Fassung eine hohe Auflagenziffer.

Diese Empfehlungen wollen keine „Richtlinien“ oder gar Sprachregelungen sein. Sie sollen durch ihre Überzeugungskraft wirken. Das Institut verspricht sich die größte Wirkung, wenn sie das Interesse der Lehrer, der Schulbuchverlage, der Schulbuchautoren gewinnen. Natürlich ist es erwünscht, wenn die Kultusministerien diese Empfehlungen den Verlagen zur Prüfung und freien Berücksichtigung übersenden; der Versuchung, solchen Empfehlungen eine verbindliche Kraft, etwa durch Erlasse der Kultusminister, zu wünschen, ist das Institut nie erlegen.

Die Ergebnisse der internationalen Schulbucharbeit verstehen sich als wissenschaftlicher Beitrag zur Verbesserung der Schulbücher, der dem Meinungsstreit und der Diskus-

sion nicht entzogen werden kann. Die nicht sogleich und überall meßbare Wirkung der Empfehlungen des Instituts kann nur durch diese freie Diskussion angestrebt werden.

Diese formale Beschreibung eines „normalen“ Projektablaufs bringt die nur am konkreten Fall zu beschreibenden Probleme nicht in den Blick. Grob gesprochen kann man einen älteren Typus der Projekte von einem moderneren abheben: Herkömmliche Schulbuchrevision sucht die offensichtlichen Fehler, Auslassungen, Akzentsetzungen, pejorativen oder verzerrenden Deutungen bis in die Wortwahl hinein auszumerzen. Im Kontakt mit Ländern, deren Schulbücher weithin frei sind von offensibaren Verzerrungen, krassen Stereotypen oder nationalen Vorurteilen, werden jedoch auch tieferliegende Erscheinungen sichtbar. Es geht um die Aufdeckung der verborgenen Vorannahmen, der „underlying assumptions“, welche die Wahrnehmung der Geschichte oder der Gegenwart des anderen Landes steuern und oft genug verzerren.

Den älteren Typ findet man z. B. in den Gesprächen mit Rumänien; auch die deutsch-polnischen Empfehlungen stehen noch in diesem Umkreis, wenngleich sie ihn durch ihren Zugriff auf die gesamte Beziehungsgeschichte schon übersteigen. Zum jüngeren Typus gehören die Arbeiten mit englischen und französischen Kollegen. Hier treten z. B. Fragen auf, wieweit eine aus der englischen Erfahrung verständliche verkürzte und unzulängliche Behandlung des Absolutismus und der modernen Staatsentwicklung in Deutschland (wie überhaupt auf dem „Kontinent“) wesentliche Züge unseres politischen Systems, des Rechtswesens, der politischen Kultur unverständlich macht; wie umgekehrt etwa durch eine eigenartig deutsche, der englischen Erfahrung nicht entsprechende Gleichsetzung von Parlamentarismus und Demokratie das Verständnis der englischen Geschichte und Gegenwart in Deutschland unkritisch zum Vorbild stilisiert und also verstellt wird — die Diskussion um den sogenannten deutschen Sonderweg liegt genau in dieser Linie.

In den neuen deutsch-französischen Schulbuchanalysen wurde z. B. festgestellt, daß die deutschen Bücher, unter der Faszination der französischen Revolution stehend, die für das

gegenwärtige Frankreich weitaus bedeutenderen Entwicklungen der Dritten Republik übergehen und so das politische Frankreich von heute im Bewußtsein der Schüler mit einigen Auszügen der politischen Literatur der französischen Revolution zu verwechseln lehren; in französischen Büchern (aber nicht nur dort) stellt man fest, daß die Klimax der NS-Geschichtsschreibung, welche die deutsche Geschichte im Dritten Reich gipfeln sieht, immer noch — mit negativem Vorzeichen — als Muster dient, wenngleich sich die Verfasser dessen kaum bewußt sein dürften. Vor allem die negative Beurteilung der Weimarer Republik durch das Dritte Reich spiegelt sich durch deren Nichtbeachtung oder durch das Zuschreiben einer bloßen Vorbereitungsrolle für die Herrschaft Hitlers. Daß demokratische Ansätze der deutschen Geschichte, etwa die Revolution von 1848, die Entwicklung von Parteien, Assoziationen und Selbstverwaltung, übersehen werden, gehört auf das Konto solcher unbewußten Vorannahmen.

Als letztes, wiederum anders gelagertes Beispiel ist auf die gerade erschienenen amerikanisch-deutschen Empfehlungen zur Darstellung der Geschichte beider Länder nach 1945 zu verweisen. Hier ergab die Analyse der Textbücher einen unterschiedlichen Befund: Von Amerika her gesehen „gipfelt“ die deutsche Geschichte — in Quantität und Qualität der Darstellung — im „Dritten Reich“. Über die Nachkriegsgeschichte wird kaum oder allenfalls nach einem journalistischen Prinzip der Auswahl von „Nachrichten“ informiert: Berliner Blockade, Mauerbau. Diese schon in sich verkürzte „Ereignisgeschichte“ bringt die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und Entwicklungen der Bundesrepublik gar nicht ins Bewußtsein. Das ist nicht nur für das gegenseitige Verständnis im allgemeinen wie für das mentale Verhältnis zwischen Verbündeten im besonderen abträglich; die Textbücher bieten auch keine Korrektur zu überkommenen und durch die Medien immer noch wachgehaltenen Stereotypen der Kriegs- und Naziperiode. Schulbuchrevision mußte also versuchen, die Grundzüge der deutschen Nachkriegsgeschichte in Form eines Katalogs von Themen und Problemen den amerikanischen Schulbuchautoren zur Beachtung zu empfehlen.

Die deutschen Bücher halten das Bewußtsein von der Geschichte der USA durch ihre Schwerpunktsetzung stark beim Unabhängigkeitskrieg fest und widmen dem modernen Amerika nur eine eng begrenzte Aufmerksamkeit. Sie richtet sich, verstärkt durch das Prinzip eines „problemorientierten“ (nicht systemorientierten) Zugriffs auf kritische Bereiche: Vietnam-Konflikt, Rassen- und Bürgerrechtsproblematik, Watergate. Unterstützt durch anschauliches Material und kritische Originalstimmen aus den USA selbst, die ja reichlich zur Verfügung stehen, bieten sie zwar scharfes, aber durch Ausblendung des politischen und kulturellen Hintergrundes einseitig verzerrtes, Vorurteile förderndes Bild, das der Wirklichkeit der USA nicht gerecht wird. Hier mußte Schulbuchrevision versuchen, den deutschen Autoren die Verflochtenheit und Vielfältigkeit der Erscheinungen und deren unterschiedliche Interpretationen bewußt zu machen, damit die Einzelkritik in den Rahmen des Gesamtsystems gestellt und zutreffend bewertet werden kann.

So entstanden gemeinsame Empfehlungen, aufgeteilt nach unterschiedlichen Adressaten, die auf verschiedene Weise zu korrigieren suchten, was durch historisch begriffliche Wahrnehmungsdefizite an Verzerrungen der gegenseitigen Vorstellungen in den Büchern manifest wird.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie faszinierend vergleichende Schulbuchforschung sein kann, sobald sie an die tieferliegenden Determinanten öffentlich oder staatlich verbreiteter Geschichtsdarstellung gerät. Verbesserungs- oder Veränderungsversuche angesichts solch tief liegender, nicht nur die Schulbuchautoren, sondern die öffentliche Meinung des Nachbarlandes stark bestimmender Wahrnehmungsdeterminanten sind nicht nur schwerer zu formulieren, umfangreicher zu begründen, sondern auch schwieriger umzusetzen als die pragmatischen Revisionsvorschläge des älteren Typs⁵⁾.

⁵⁾ Otto-Ernst Schüddekopf hat diese Probleme deutlich gesehen, a.a.O., S. 72f.: „aber wir müssen doch das Ziel der internationalen Schulbuchverbesserung in etwas anderem sehen als nur darin, verletzende Urteile über andere Völker zu vermeiden. Es geht doch schließlich darum, ein neues Geschichtsbild zu entwickeln, für dessen Gestaltung die Ergeb-

Die Arbeitsweise des Instituts ist jedoch mit der idealtypischen Skizzierung bilateraler Schulbucharbeit nicht hinreichend beschrieben. Die im Aufgabenkatalog des Gründungsgesetzes genannte Beratungs- und Gutachter-tätigkeit, die Unterstützung von Forschungsarbeiten und die Publizierung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit ist ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit. Die Zeitschrift des Instituts „Internationale Schulbuchforschung“, die das ältere „Internationale Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht“ abgelöst hat, bemüht sich, wichtige Beiträge zur Schulbuchforschung zu veröffentlichen und zu verbreiten. Sie ist das Zentralorgan für Beiträge zur internationalen Schulbuchforschung, bietet ein Forum für divergierende Auffassungen, Raum für Rezensionen und Dokumentation interessanter, widersprüchlicher Schulbuchdarstellungen aus verschiedenen Ländern. Für die Geschichts-, Geographie- oder Sozialkundelehrer enthält sie eine Fülle von Anregungen für den Unterricht, für Kulturinstitute im Ausland bietet sie Informationen und grundsätzliche Reflexionen internationaler geistiger Zusammenarbeit.

Die Schriftenreihe des Instituts versucht, durch thematische Konzentration der Bände oder durch Monographien die Ergebnisse bestimmter Forschungsprojekte bekanntzumachen und die meist knapp gehaltenen Empfehlungen durch wissenschaftliche Darlegungen zu ergänzen. So sind z. B. zu den deutsch-polnischen Empfehlungen inzwischen fünf Bände mit Forschungsarbeiten zu den in bestimmten Empfehlungen dargestellten Themen erschienen — eine Fundgrube für den Schulbuchautor, aber auch den Wissenschaftler und den Lehrer, der sich mit dieser Thematik näher befassen möchte. Durch Schriftenaustausch und Abonnements ist das Institut durch seine Veröffentlichungen mit vielen anderen Institutionen verbunden.

Die Bibliothek erfreut sich als „Archiv“ für Arbeiten zur Schulbuchforschung ständig wachsender Beliebtheit. Sie bietet Material für Staatsarbeiten und Dissertationen; sie unterstützt mit ihren Beständen, aber auch durch

nisse der internationalen Zusammenarbeit unerschöpfliches, bis heute viel zu wenig genutztes Material bieten.“

Beratung die Arbeiten graduerter Forscher. Dabei dient sie nicht nur dem engeren Zweck der internationalen Schulbuchrevision. Das Schulbuch ist als Quelle für die Zeitgeistforschung, für die historische Bildungsforschung, für sozialwissenschaftliche Untersuchungen über Meinungsbildung und Stereotypen zu einer wichtigen Quelle historischer und sozialwissenschaftlicher Studien geworden⁶⁾. Ein Stipendiatenprogramm wird entwickelt, das ausländischen Forschern einen längeren Aufenthalt am Institut ermöglichen soll.

Die oben beschriebenen Projekte stehen also in einem dichten Netz wissenschaftlichen Austausches. Die Bedeutung der Bibliothek und der Beratung durch Mitglieder des Instituts wächst — auch für die Entwicklung neuer Schulbücher, wenngleich dringend zu wünschen wäre, daß sich die Autoren noch intensiver vom Vergleich mit ausländischen Büchern anregen ließen. Denn die Schulbuchproduktion ist — ebenso wie die Didaktik und Methodik der Fächer — immer noch weithin im nationalen Vorstellungskreis befangen.

Probleme internationaler Schulbuchforschung

Dieser Überblick soll mit einem Blick auf Probleme und Schwierigkeiten abgeschlossen werden, die mit der Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Instituts verbunden sind. Nicht von Schwierigkeiten äußerer Art ist die Rede, die durch die Knappheit der Ressourcen oder die umständlichen und den Ablauf internationaler Zusammenarbeit häufig sehr behindernden Verwaltungsprozeduren bedingt sind. Es geht vielmehr um die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten. Zwei Komplexe lassen sich als besonders signifikant herausheben.

Die Vielfalt der Aufgabe

Der erste ist durch die Vielfalt der Aufgabe und ihre prinzipielle Unlösbarkeit bezeichnet. Vielfältig ist die Aufgabe internationaler Schulbuchforschung, weil sie interdisziplinäre Zusammenarbeit von Erziehungswissenschaftlern, Wissenschaftlern des jeweiligen Faches und Fachdidaktikern verlangt. Die Organisation so unterschiedlichen Fachverständes und die Zentrierung der Interessen von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen auf das besondere Medium Schulbuch (oder Unterrichtsmaterial) ist schon im nationalen Rahmen nicht einfach; unlösbar kann sie im

internationalen Zusammenhang werden. Die ideale interdisziplinäre und internationale Besetzung, Durchführung und Auswertung von Konferenzen ist bislang noch nicht gefunden. Zunächst sind es die Fachwissenschaftler, die sich durch die Inhalte, die Konzeption, die Akzentsetzungen der Schulbücher angesprochen und herausgefordert fühlen, inhaltliche Verbesserungsvorschläge zu machen. Es gelingt schon nicht immer, diese fachwissenschaftliche Analyse und Kritik im Rahmen des jeweils nationalen Erziehungssystems, der curricularen Stellung des Faches und der Möglichkeiten des Unterrichts zu konzentrieren.

Schwieriger ist es noch, die Schulpraktiker und Didaktiker einzubinden, die den Umgang mit dem Buch und also seine mögliche Lernwirkung untersuchen und einschätzen können. Die Beteiligung möglichst vieler Schulbuchautoren, Verlagslektoren, Bildungsbeamten stößt auf die unterschiedlichsten Widerstände. Die Hinzuziehung von Sozialpsychologen, welche die mentalen und emotionalen Gruppenprozesse, wie sie durch bestimmte Informationssteuerung ausgelöst werden, deuten könnten, ist, wenn überhaupt, allenfalls im Nachhinein möglich.

Das Problem der „Wirksamkeit“

Da die Lehrpläne und Zielvorgaben des Unterrichts, seine Organisation und vor allem seine Praxis von Land zu Land stark differieren,

⁶⁾ Gerd Stein, Schulbuchwissen, Politik und Pädagogik: Untersuchungen zu einer praxisbezogenen und theoriegeleiteten Schulbuchforschung, Ratingen 1977 („Zur Sache Schulbuch“, Bd. 10).

kann eine gleichartige Betrachtung national unterschiedlicher Lehrbücher nur zu sehr abstrakten und lediglich auf Texte oder Bilder der Bücher reduzierten Analysen und Feststellungen führen. So kommt die internationale Schulbuchforschung im Hinblick auf ihre konkrete Quelle, das gedruckte Unterrichtsmaterial, zwar zu sicheren und im Vergleich höchst aufschlußreichen Aussagen; sie kann auch fachwissenschaftlich und didaktisch begründete Korrekturen vorschlagen. An das eigentliche Wirkungsfeld des Unterrichtsmaterials kommt sie damit aber nicht heran. Da eine auf breiter und international vergleichender Basis angelegte Wirkungsforschung über den Einfluß von Schulbüchern ein methodisch außerordentlich schwieriges, pragmatisch schon der Kosten wegen nicht zu leistendes Unterfangen ist, muß man bei nüchterner Betrachtung feststellen, daß internationale Schulbuchforschung mit dem Ziel der Versachlichung der Bücher lediglich diese Bücher selbst erreicht. Den Unterricht als organisiertes System und als Praxis oder gar seine Wirkung in den Köpfen der Schüler zu beeinflussen, kann sie nur hoffen.

Dies ist auf den ersten Blick eine entmutigende Feststellung. Bei genauerem Hinsehen wird man die begrenzte Reichweite der praktischen Wirksamkeit jedoch eher begrüßen. Die Ergebnisse internationaler Schulbuchforschung können nur als vermittelte Anregungen positiv wirksam werden. Ihr unmittelbares Durchschlagen auf den Unterricht könnte unerwünschte Folgen haben. Nicht nur würde Lehrern und Schülern die notwendige Freiheit der Diskussion und Meinungsbildung möglicherweise entzogen; die Versachlichungs- und Verbesserungsvorschläge würden auch Gefahr laufen, sich im Medium der Unterrichtspraxis eigentümlich zu brechen. Es ist keiner noch so qualifizierten Expertenkommission möglich, im internationalen Bereich ihre oft sehr mühsam abgestimmten Vorschläge zur Darstellung von Sachverhalten in Schulbüchern auch noch so anzulegen, daß sie der didaktischen Situation und den methodischen Zugriffen ganz unterschiedlicher Unterrichtssysteme und Unterrichtsstile gerecht werden können. Deshalb ist die „Unlösbarkeit“ der Aufgabe internationaler Schulbuchrevision im Sinne unmittelbarer Einflußnahme letztlich

die Voraussetzung einer fruchtbaren und wünschbaren *mittelbaren* Wirkung. Denn nur über die selbständige Adaption und Verarbeitung der Vorschläge durch Verfasser von Richtlinien, Autoren von Schulbüchern und Lehrer können die Empfehlungen dem Ziel dienen, das sich internationale Schulbuchforschung als Beitrag zur Vermehrung der Vernunfts- und Friedensfähigkeit durch Unterricht gesteckt hat.

Die Unvollendbarkeit der Arbeit

Unlösbar ist die Aufgabe des Instituts aber auch in dem Sinne, daß sie nie als erfüllt oder beendet angesehen werden kann. Setzt man einmal den Fall, daß die Unterrichtsmittel in einem oder mehreren Ländern von Fehlern, Vorurteilen, Verzerrungen, Ungleichgewichten usw. in einem hohen Grade bereinigt worden seien, so wäre doch dadurch kein glückliches Endstadium, sondern allenfalls ein befriedigendes Durchgangsstadium bezeichnet. Denn die Darstellung von vergangener oder gegenwärtiger Welt in den Fächern Geschichte, Geographie und Politik kennt nicht das „gereinigte“ Bild, das, ein für allemal gültig, festgehalten werden könnte. Immer neue Deutungen und Urteile entstehen notwendig aus der Veränderung der Verhältnisse im Verlauf der Geschichte. Nicht erst jede Generation stellt ihre neuen Fragen, hat ihre eigenen Erkenntnisbedürfnisse — in viel schnellerem Rhythmus wechseln heute die Interessen- und Fragestellungen, wächst neues Wissen heran, lösen sich die Kontroversen im Bereich der Wissenschaft ab, ändern sich die Lernziele und die Bildungsvorgaben. Kurz: Vorurteile und Fehler, Stereotypen und Verzerrungen, Akzentsetzungen und Deutungen sind nicht bloße Irrtümer, die man einer reinen Wahrheit hinzufügen und also auch aus ihr eliminieren kann. Sie sind selbst integrierende Bestandteile stets verändernder Wahrnehmungen und Deutungen. Sie treten immer wieder und in immer anderer Form neu hervor. Nur ein sehr vordergründiger Optimismus könnte hoffen, sie ein für allemal abzuschaffen. Man muß akzeptieren, daß neue Erkenntnisse und Einsichten, indem sie alte Fehler korrigieren, neue Irrtümer, Einseitigkeiten, Verzerrungen kreieren.

Ist die internationale Schulbuchforschung also eine Sisyphusarbeit? Sie ist eher eine Reflexionsdisziplin, die den Prozeß der nationalen Selbstvergewisserung prüfend begleitet, um ihn an Rationalität, Verständnisfähigkeit, Diskursivität und Humanität zu binden⁷⁾.

Diese Aufgabe ist aber nicht durch noch so gut gelungene Direktiven zu lösen. Sie kann nur durch ständige Schärfung des Wissens und des Gewissens derjenigen angegangen werden, die den Unterricht durch Richtlinien, Curricula und Bücher vorbereiten oder ihn praktizieren.

Die Herausforderung der Selbstgewißheit

Ein zweiter Problemkomplex hängt mit dem ersten zusammen, ist aber gleichwohl als eigenmächtig zu beschreiben: Internationale Schulbuchrevision, die ihr Ethos und ihr Motiv einem sokratischen Aufklärungswillen verdankt, braucht nicht lange nach Händen zu suchen, die ihr den Schierlingsbecher reichen. Im Schulbuch für die politisch bedeutsamen Fächer darf man, ohne stark zu übertreiben, die Safes nationaler Selbstbestätigungen, Selbstrechtfertigungen und Identifikationsmuster sehen. Dem Grade nach sehr verschieden, ist dies doch in allen Ländern mit zwingender Notwendigkeit so, da die heranwachsende Generation immer in den Selbstverständniszusammenhang ihres Volkes eingeführt wird. Selbst dort, wo diesen Legitimations- und Identifikationsbestrebungen mit Hilfe des Unterrichts und seiner Mittel durch die wissenschaftliche und pädagogische Maxime der Pluralität die indoktrinierende Schärfe genommen ist, bleiben erhebliche Bestände dieser Grundfunktion der kollektiven Selbstvergewisserung durch Unterricht zurück.

Internationale Schulbuchforschung führt aber aus der Höhle der Befangenheit in liebgewordenen und Sicherheit gebenden Deutungsmustern hinaus. Sie stellt sie in Frage, konfron-

tiert sie mit anderen, relativiert sie notwendigerweise und verlangt ein Heraustreten aus der gewohnten mentalen Geborgenheit. Sie kommt häufig nicht umhin, politisch für erwünscht gehaltene Deutungen und Positionen in Frage zu stellen. Sie mutet also der öffentlichen Meinung, dem gängigen Selbstverständnis, irritierende Reflexion und möglicherweise eine Neuorientierung zu. Deshalb gerät Schulbuchforschung schon in der Phase kritischer Analyse notwendig in die politische Auseinandersetzung. Wenn sie über die Analyse hinaus Veränderungsvorschläge macht, trifft sie empfindliche Nervenzentren des öffentlichen Bewußtseins. Dann entfachen sie den politischen Meinungsstreit, oft sogar die konkrete politische Tagesauseinandersetzung. Die Diskussion der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ist ein Musterbeispiel für instrumentalisierte Verwendung von Schulbuchempfehlungen im politischen Parteienkampf⁸⁾.

In dieser politischen Empfindlichkeit der Schulbuchrevision liegt eine unlösbare Schwierigkeit. Bei Schulbuchgesprächen mit Staaten, deren Bildungsinstitutionen organisatorisch wie inhaltlich offiziell streng geführt werden, kommt früher oder später der Punkt, an dem eine kritische Revision des Schulbuchtextes abgelehnt wird. Es ist von deutscher Seite noch nicht recht gewürdigt worden, daß in den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen die Kommission zu für den Kenner des politischen Systems erstaunlichen gemeinsamen Empfehlungen kam, die eine Reihe politischer Tabus bei der polnischen Lehrerschaft und Autoren offiziell in Frage stellte: so die Akzeptierung der gegensätzlichen Ansichten über den deutschen Orden, vor allem aber die deutliche Nennung der Zahl von 8,5 Millionen Deutschen, die die Ostgebiete nach 1945 verlassen mußten. Daß es andererseits nicht ge-

⁸⁾ Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation. Eingeleitet und ausgewählt von Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1979 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts, Bd. 26). K.-E. Jeismann, Politische Determinanten der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und ihre Aufnahme in der Öffentlichkeit, in: Geschichtsdarstellung. Determinanten und Prinzipien, hrsg. von K.-E. Jeismann und S. Quandt, Göttingen 1982.

⁷⁾ Wie schwierig — und notwendig — diese Arbeit ist, zeigen die deutsch-israelischen Schulbuchanalysen. Vgl. Chaim Schatzker, Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern. Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel, Bonn 1981 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 173).

lang, in diese Empfehlungen den Hitler-Stalin-Pakt aufzunehmen, zeigt die Grenze der Revisionsmöglichkeiten aus politischen Ursachen.

An dieser Grenze stellt sich dann die Frage, ob Schulbuchrevision im konkreten Fall noch sinnvoll ist. So gibt es die Meinung, man möge lieber gar nicht über Schulbuchverbesserung verhandeln als Abstriche aus außerwissenschaftlichen und außerpädagogischen Gründen in Kauf nehmen zu müssen. Es gibt die andere Ansicht: man möge versuchen, soweit wie möglich zu kommen und sich lieber mit Fragmenten zufrieden geben, als das Gespräch abzubrechen. Diese Argumentation bezieht sich eher auf die politisch-pädagogisch erhoffte Wirkung eines allmählichen Prozesses, der beide Seiten zunächst von einigen Irrtümern und Verzerrungen abbringt und schließlich — vielleicht — auch Tabus überwinden kann. Dies ist der Weg, den internationale Schulbuchforschung unter dem Postulat der Völkerverständigung gewöhnlich geht. Mit Recht — wenn es auch eine Grenze des Zumutbaren gibt, jenseits derer die Gespräche nicht mehr sinnvoll sind. Sie liegt dort, wo Grundprinzipien des wissenschaftlichen Diskurses elementar verletzt würden.

Man würde sich täuschen, vermutete man solche politischen Tabuzonen nur bei Gesprächen mit Staaten autoritärer oder totalitärer politischer Verfassung. Eingewurzelte kollektive Vorstellungen sitzen überall fest und werden publizistisch gegen Zumutungen der Revision verteidigt. Was man sich in der Form wissenschaftlicher Kontroverse oder auch publizistischer Polemik noch gefallen läßt, wird zum öffentlichen Ärgernis, sobald es um das Schulbuch geht. Dieses allgemein verbindliche Bildungsmittel zeigt dann seinen Charakter als Politikum. Die Auseinandersetzung in den international gemischten Konferenzen in der Öffentlichkeit um bestimmte Deutungen von Geschichte, um Schwerpunktsetzungen oder Auswahl der Darstellung der Länder offenbart, wie prägend bestimmte, wissenschaftlich anzweifelbare Vorstellungen sind, wie sie geradezu als denk- und lebensnotwendig erscheinen, wie ihr Entzug politische Orientierungslosigkeit nach sich zieht oder gar Aggression hervorruft.

Der Zusammenhang von gegenwärtigem Selbstverständnis und Vergangenheitsdeutung im geistigen und seelischen Haushalt einzelner und ganzer Völker läßt sich hier in concreto erkennen. Es zeigen sich ganz bestimmte Figuren dieses Zusammenhanges, die sich als Identifikationsmechanismen oder Legitimationsstrategien beschreiben lassen und sich mit bestimmten Argumentationsformen verbinden⁹⁾.

Was für die Schulbuchforschung eine interessante Erkenntnis ist, ist für die Schulbuchrevision eine Barriere, die sie nicht in einem Anlauf überspringen kann. Denn selbst wenn es gelingt, sich nach vielen Gesprächen in internationalen Kommissionen, nach langer persönlicher Bekanntschaft und gründlichem Studium der Probleme auf bestimmte Aussagen zu einigen, also gemeinsam eine weitere oder höhere Perspektive der Deutung zu gewinnen, stoßen solche Einigungen in der politischen Öffentlichkeit der Länder auf den Widerstand derer, die diesen langen Findungsprozeß nicht mitgemacht haben und also nicht nachvollziehen können oder wollen.

Diesem Streit kann internationale Schulbuchrevision nicht ausweichen, wenn sie ihrem Auftrag treu bleiben will. Sie tut gut daran, sich ihr Gegenbild vor Augen zu halten: Schulbuchempfehlungen sind ursprünglich nicht zum Zwecke internationaler Verständigung, sondern vielmehr zum Zwecke der Ausbildung nationaler Affinität gegeben worden und waren Angelegenheiten der Schulverwaltungen des 19. Jahrhunderts, aber auch einer publizistischen und wissenschaftlichen Arbeit im Dienste des „nation building“. Schulbuchautoren hatten eine nationale Integrationsaufgabe und glaubten sie oft am sichersten durch Abgrenzung von anderen Nationen, durch Aufbau von Feindbildern und von Selbstwertvorstellungen zu erfüllen. Auch heute, im Zeitalter der ideologischen, nationenübergreifenden Blöcke, gibt es eine internationale Schulbuchrevision, die das herrschende Geschichtsbild oder das Geschichtsbild der herrschenden

⁹⁾ S. K. D. Erdmann, a. a. O., S. 470.

¹⁰⁾ Vgl. zum Zusammenhang historischer und politischer Aussagen Wolfgang Bach, *Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages*, Stuttgart 1977.

Macht um seiner politischen Wirkung willen auch anderen Staaten auferlegt.

Der Ostblock kennt eine Reihe solcher internationaler Schulbuchkonferenzen, welche die Homogenität der Kernpunkte historischer Interpretation zum Ziel haben. Diese affirmative internationale Schulbuchrevision folgt anderen politischen, erkenntnistheoretischen und pädagogischen Maximen als die vom Georg-Eckert-Institut und seinen vielen deutschen und ausländischen Gesprächspartnern betriebene Forschung. Sie hat die Existenz eines Herrschaftszentrums zur Voraussetzung und ist ohne „strukturelle Gewalt“ nicht denkbar. Deshalb erzeugt sie auch keinen öffentlichen Streit. Die Schulbuchforschung, von der hier die Rede ist, kann nur durch den Verzicht auf jegliche Pression zu wirken hoffen — deshalb ist Auseinandersetzung ihre ständige Begleiterscheinung.

Das heißt aber, daß auch in diesem Problemfeld die Art der Problematik selbst die Möglichkeit ihrer Überwindung in sich trägt. Die Ergebnisse der Schulbuchforschung sind der Natur ihres Gegenstandes und der tiefen, „lebensweltlichen“ Verwurzelung aller historischen, geographischen und politischen Vorstellungen wegen nicht oktroyierbar. Sobald Empfehlungen als Resultat der internationalen Schulbuchforschung über die Grenze der bloßen Verbesserung faktischer Fehler hin-

ausgehen, können sie nur als Ferment der Auseinandersetzung um die Deutung der Gegenwart in Unterricht und Bildung wirken. Das heißt, internationale Schulbuchforschung braucht eine „offene Gesellschaft“, eine diskursive öffentliche Meinung, eine freie Forschung und ein Unterrichtssystem, das von zentraler Indoktrination frei ist. Solche Verbindung von staatlicher Aufsicht über das Schulwesen mit der Inanspruchnahme und Gewährung von Pluralität der Meinungsbildung, von Diskursivität unterschiedlicher Positionen setzt einen hohen Grad von Liberalität und Toleranz, zugleich aber einen festen Grundkonsens über politische — und moralische — Werte voraus.

Die Art des öffentlichen wissenschaftlichen, pädagogischen und politischen Umgangs mit den Ergebnissen internationaler Schulbuchforschung ist ein empfindlicher Seismograph für den Zustand der politischen Kultur. Dies ist ein zwar unbeabsichtigter, aber nicht unwichtiger Dienst, den die Arbeit des Georg-Eckert-Instituts und der ihm verbundenen Wissenschaftler — bei und trotz aller Unvollkommenheiten — der deutschen Selbsterkenntnis leisten kann. Der Wunsch, daß sie wenigstens und nicht zuletzt als ein solcher Dienst überall in der Bundesrepublik begriffen wird, scheint allerdings, *historia docet*, allzu vermessen zu sein.

Hans-Peter Schwarz: Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland — Herausforderung für die Forschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/82, S. 3—16

Die zünftige Zeitgeschichtsforschung hat die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht richtig entdeckt. Dementsprechend findet diese auch in den Medien und im Schulunterricht nur marginales Interesse.

Dies ist ein kulturpolitisch und staatspolitisch ungunstiger Zustand. 33 Jahre erfolgreicher und instruktiver demokratischer Entwicklung sind unterbelichtet, während sich das Interesse nach wie vor an den miesesten zwölf Jahren der neueren deutschen Geschichte festbeißt. Das häufig konstatierte Unverständnis der jüngeren Generation für die Entwicklung unseres demokratischen Verfassungsstaates, aber auch der Mangel an Geschichtskennntnis hat darin eine seiner Ursachen.

Für die Zurückhaltung der Historiker gibt es eine Reihe plausibler Gründe. Dank moderner Dokumentation und dank einer verlässlichen journalistischen Berichterstattung wird vieles schon zum Zeitpunkt des Geschehens so vollständig ausgeleuchtet, daß es für den Historiker an Interesse verliert. Außerdem sind nicht nur eine zeitgeschichtlich arbeitende Publizistik an der Aufarbeitung der jüngsten Zeitgeschichte beteiligt, sondern auch die Sozialwissenschaften und die Wirtschaftswissenschaft.

Bis vor kurzem ist die Forschung auch dadurch ferngehalten worden, daß die amtlichen Quellen über das Stichjahr 1949 hinaus im Prinzip nicht zugänglich waren. Auch jetzt sind die FreigabeprozEDUREN noch nicht richtig eingespielt. Wenn es dennoch zu Ansätzen einer quellengestützten Forschung gekommen ist, so vor allem dank der Archive von Parteistiftungen und anderer Stiftungen.

Daß die deutsche Geschichtsforschung zu einem vertieften Verständnis bundesdeutscher Geschichte bisher keinen maßgeblichen Beitrag leisten konnte, hängt allerdings auch damit zusammen, daß sich viele Historiker als Sozialwissenschaftler verstehen und wenig Neigung oder Fähigkeit bekunden, ihre Forschungen in einer für den gebildeten Nicht-Fachmann lesbaren Form darzubieten.

Eine liberale Archivpolitik und die Hinwendung der zünftigen Historie zur Geschichte der Bundesrepublik würden auch zur Folge haben, daß sich das diesbezügliche Interesse der Medien und damit auch eines breiteren Publikums umorientiert.

Günther Heydemann: Marxistisch-leninistische Zeitgeschichte in der DDR. Entstehung, Entwicklung, Funktionen und Tendenzen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/82, S. 17—26

1. Aufgrund der nachdrücklichen Initiative der SED wurde Ende der fünfziger Jahre in der DDR eine intensive Zeitgeschichtsforschung in Gang gesetzt, die im vergangenen Jahrzehnt einen vorläufigen Höhepunkt erreichte und in den achtziger Jahren sicherlich fortgesetzt werden dürfte.

2. Im Laufe ihrer Entwicklung hat sich die marxistisch-leninistische Zeitgeschichtsforschung in der DDR zunehmend auf die Geschichte nach 1945, mit dem Schwerpunkt der Jahre 1945 bis 1949, und seit den letzten Jahren auf die Entstehung und Entwicklung der DDR selbst verlegt. Die Dominanz der jüngsten Zeitgeschichte, nach marxistisch-leninistischem Verständnis „Geschichte der Neuesten Zeit II (1945 bis Gegenwart)“ gegenüber der zeitgeschichtlichen Epochenperiodisierung „Geschichte der Neuesten Zeit I (1917 bis 1945)“, findet ihren Ursprung in dem seit Anfang der siebziger Jahre feststellbaren Trend, die DDR aus ihrer eigenen Vorgeschichte und Geschichte zu legitimieren.

3. Marxistisch-leninistische Zeitgeschichtsforschung ist über die manifeste historische Gegenwartsnähe und politische Unmittelbarkeit des geschichtlichen Sujets hinaus von der funktionalen politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der nichtmarxistischen Geschichtsforschung, insbesondere der der Bundesrepublik Deutschland, geprägt.

4. Die verstärkte Hinwendung der bundesdeutschen Historiographie bzw. Zeitgeschichtsforschung auf die jüngste Nachkriegsgeschichte, welche zunehmend die Vorgeschichte und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den Blickwinkel rückt, dürfte zu weiterer Auseinandersetzung bzw. Konfrontation mit der Zeitgeschichtsforschung in der DDR führen, zumal dort forciert der Versuch unternommen wird, die spezifische Ausprägung einer sozialistischen deutschen Nation zu fördern. Mit dem Ziel, ein entsprechendes sozialistisches Nationalbewußtsein bei den Deutschen in der DDR zu schaffen, sollen Identifikationsbezüge hergestellt werden, die sich in erster Linie aus der Geschichte der DDR selbst ableiten.

5. Damit wird der Streit um Totalität und Teilung der deutschen Geschichte vor dem Hintergrund des ungelösten Problems der geteilten Nation neu entfacht. Dieser Disput wird das Problem nicht außer acht lassen können, ob es in der DDR gelingt, das Lindenblatt der nationalen Teilung mit der hürnernen Haut der eigenen Geschichte zu überdecken. Die Auseinandersetzung darüber sollte mit wissenschaftlichen Methoden geführt und die Konfrontation nicht gescheut werden.

Karl-Ernst Jeismann: Internationale Schulbuchforschung. Aufgaben, Arbeitsweise und Probleme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/82, S. 27—37

Schon im 19. Jahrhundert entwickelte sich aus der Friedensbewegung die Arbeit an internationaler Schulbuchrevision. Angesichts nationaler Feindbilder war ihr Ziel die Versachlichung der Schulbücher und des Unterrichts durch die Eliminierung von verzerrenden, stereotypen und klischeehaften Darstellungen anderer Völker im Schulbuch. Ihre Hoffnung richtete sich auf die Verbesserung der Völkerverständigung und die Erhöhung der Friedensbereitschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde diese Arbeit im Völkerbund übernational organisiert und nach dem Zweiten Weltkrieg u. a. auch im Rahmen der UNESCO fortgeführt. — In Braunschweig entstand 1949/50 durch die Initiative Georg Eckerts, gefördert durch die UNESCO sowie durch die Hilfe der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; Bayerischer Lehrerverein), das „Internationale Schulbuchinstitut“. Nach dem Tode seines Gründers wurde es als Anstalt öffentlichen Rechts neu gegründet; es wird von sieben Bundesländern getragen.

Der Aufsatz beschreibt die Zielsetzung dieses Instituts und erläutert an verschiedenen Beispielen internationaler Zusammenarbeit in der Schulbuchforschung die Arbeitsweise und die generelle Bedeutung des Instituts im internationalen Forschungszusammenhang. Er zeigt den Weg von der anfänglichen „Schulbuchrevision“ zur heutigen „Schulbuchforschung“ und die Spannweite des Forschungsfeldes. Aus der Spannung zwischen Wissenschaft, pädagogischen Zielen und politischen Bedingtheiten der Arbeit ergeben sich für die internationale Schulbuchforschung und die internationale Schulbuchrevision Probleme und Schwierigkeiten auf verschiedenen Ebenen.

Internationale Schulbuchforschung berührt notwendig wunde Punkte nationalen Selbstverständnisses im Vergleich unterschiedlicher Vorstellungen, die das kollektive Selbstverständnis über sich selbst und von anderen Völkern enthält. Sie stellt Selbstgewißheiten in Frage und stößt darum notwendig auf Widerstand. Die Würdigung dieser Arbeit setzt also einen hohen Grad von Liberalität und Unvoreingenommenheit voraus. Insofern ist die öffentliche Reaktion auf die Ergebnisse der Schulbuchforschung nicht nur ein Test auf deren Qualität, sondern auch für die politische Kultur eines Landes.